

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Tagblatt-Haus

Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 5 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Ferntruf:

„Tagblatt-Haus“ Nr. 6650-53.

Von 5 Uhr morgens bis 5 Uhr abends, außer Sonntag.

Bezugs-Preis für beliebte Ausgaben: 10 Pf. monatlich. Nr. 2 - vierjährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Werbung. Nr. 2 - vierjährlich durch alle deutschen Postanstalten, ausländische Briefpost - Bezug - Befreiungen nehmen an jedem entgegen: in Wiesbaden die Zweigstelle der Börse, am 25. sowie die Ausgaben in allen Teilen der Stadt; in Biebrich: die dortigen Postanstalten und in den benachbarten Landstädten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt - Leiter.

Auslagen - Anzeige: Für die Morgen-Ausg. bis 12 Uhr. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin-Wilmersdorf, Gutsbierstr. 66, Fernspr.: Amt Uhlland 450 u. 451. Für die Ausnahme von Anzeigen an verschiedene Zeitungen: für die Morgen-Ausg. bis 9 Uhr nachmittags.

Verlag: Für die Morgen-Ausg. bis 9 Uhr nachmittags.

Bezugs-Preis für die Seite: 15 Pf. für lokale Anzeigen im „Arbeitsblatt“ und „Kleiner Anzeiger“ in einzelner Kopie; 20 Pf. in davon abweichender Grösse und Anzahl, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen; 30 Pf. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 M. für lokale Zeitungen; 2 M. für auswärtige Zeitungen. Ganz, halbe, breite und doppelte Seiten, durchlaufen, nach besondere Berechnung. Bei wiederholter Ausnahme unveränderter Anzeigen in tiefen Zeitungen entsprechender Räumte.

Bei wiederholter Ausnahme unveränderter Anzeigen in tiefen Zeitungen entsprechender Räumte.

Donnerstag, 5. Februar 1914.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 59. - 62. Jahrgang.

Angst der Agrarier vor dem „kommenden Mann“!

Die „Nord. Allg. Zeit.“ hat am Montagabend den Wortlaut der Rede wiedergegeben, die vom deutschen Botschafter in London, Fürsten Lichnowsky, bei der Kaisergeburtstagsfeier gehalten wurde. Vermutlich teilte das Regierungsblatt den Wortlaut dieser Rede deshalb mit, weil letztere am Morgen des gleichen Tages von dem Berliner Organ des Bundes der Landwirte in auffälliger Weise angesprochen worden war. Mit einer Heftigkeit, die bloß belustigend wirkte, wenn sie nicht mit einer charakteristischen Hinterhaltigkeit gepaart wäre, hat die „Deutsche Tageszeit.“ jene Botschafterrede in einen gequalten Zusammenhang mit einem Artikel des „Standard“ gebracht, um auf dem Wege hoffloser Unterstellungen mit handgreiflicher Deutlichkeit den Kaiser gegen seinen Londoner Botschafter einzunehmen. Die Zeitumstände, unter denen das Berliner Bundesorgan seinen Pfeil auf den Fürsten Lichnowsky abschiesst, verleihen dem extrem-agrarischen Vorstoß die ihm sonst fehlende Bedeutung. Denn man spricht seit der Donaueschinger Konferenz von einer latenten Konkurrenz und nennt jetzt, wo das einstweilige Verbleiben des Grafen Wedel in Straßburg angekündigt worden ist, den Reichskanzler als Anwärter für den Statthalterposten. Fürst Lichnowsky aber gilt manchen - gleichviel ob mit Recht oder mit Unrecht - als künftiger Reichskanzler; er hat zu den Vertrauten des Fürsten Bülow gehört und steht in dem Ruf, die staatsmännischen Anschauungen des früheren Reichskanzlers zu teilen. So erklärt sich die Hoffnung, mit der die „Deutsche Tageszeit.“ versucht, den liberalen Ideen vielleicht nicht unzulänglichen Diplomaten als „kommender Mann“ durch unmöglich zu machen, daß sie ihn im Lichte eines demokratischen Unitariers und Anhängers des englischen Parlamentarismus zeigte.

Den Vorwand dazu nutzte teils die Zurückweisung der Sonderbestrebungen hergeben, vor denen Fürst Lichnowsky in seiner Rede gewarnt hat, teils ein Artikel des „Standard“, der vom Standpunkte des britischen Konstitutionalismus und im Sinne seiner deutcho-englischen Richtung die Art erörtert hatte, wie der Kaiser die Glückwünsche des Reichstagspräsidiums aufnahm. Mit Rücksicht hierauf „befürchtet“ die „Deutsche Tageszeit.“, daß Fürst Lichnowsky durch seine Äußerung: mitunter müsse sich der Reichsgedanke auf Kosten der Einzelstaaten betätigen - die Auffassungen und die Stellung des Kaisers Mißverständnissen in England ausgesetzt habe; sie wirkt ferner dem Botschafter vor, die deutschen Verfassungsverhältnisse in Vergleich mit den englischen gestellt zu haben, weil er auf englischem Boden von den inneren Verhältnissen des Deutschen Reiches sprach, und krönt diese Unterstellung durch folgenden Aufsatz:

„Im Jahre 1895 schrieb der „Standard“: der deutsche Kaiser solle in England eine Unterrichtsstunde in politischer Weisheit nehmen. Auch in dieser Richtung könnten die Ausführungen des Kaiserlichen Botschafters mißverständliche Auffassungen in England erregen. Das wäre besonders bedauerlich.“

Zu allen diesen Vorwürfen gibt die Rede des Fürsten Lichnowsky keinerlei begründeten Anlaß. Es ist dem Botschafter gar nicht eingefallen, die deutschen

und die englischen Verfassungszustände zu vergleichen: im Wortlaut seiner Rede findet sich nicht eine einzige Silbe, die dahin gedeutet werden könnte. Fürst Lichnowsky ist bei seiner Warnung vor Sonderbestrebungen ausgesprochenenmaßen allein von der Tatsache ausgegangen, daß sich zur Londoner Kaiserfeier die dortigen Deutschen ohne Unterschied des Berufes und der Herkunft zusammengefunden hätten. Hieran knüpft der Botschafter folgende Ausführungen:

„Ob Preußen, ob Bayern, ob Sachsen oder Angehörige eines anderen Bundesstaates, wir betrachten uns alle als Deutsche mit gleichen Rechten, mit gleichen Pflichten und meinen, daß den Interessen des Deutschen nicht gedient ist durch Sonderbestrebungen, die notgedrungen dem Reichsgedanken widerlaufen. Was Preußen fürs Reich getan hat, ist zu sehr bekannt, als daß es besonders hervorgehoben zu werden brauchte, und auch dadurch anerkannt worden, daß das preußische Vorbild für die anderen Bundesstaaten auf vielen Gebieten maßgebend geworden ist: auf der preußischen Grundlage wurde der Reichsbau errichtet. So soll es auch allezeit bleiben, aber, meine Herren, es wäre eine Verkenntnis politischer Entwicklungsgesetze, wenn man einem staatlichen Gemeinwesen nicht dieselben Rechte und Bedürfnisse zuerkenne wollte, die seiner lebenden Schöpfung verfügt bleiben können. Der Ausbau der inneren Einrichtungen für die Bedürfnisse des Reiches, die Verschmelzung der Interessen, das natürliche Wachstum aller menschlichen Verhältnisse bringt es mit sich, daß der Reichsgedanke mitunter auf Kosten der Einzelstaaten sich betätigen muß. Das deutsche Volk will Weltpolitik treiben und keine Kirchentumspolitik, und ebensoviel, wie die Verhältnisse eines einzelnen sich um 20 Jahre zurückdringen lassen, ist dies bei einem Gemeinwesen zulässig.“

Anfang und Ende dieser Darlegung beweisen, daß Fürst Lichnowsky grundsätzlich alle deutschen Sonderbestrebungen ablehnt, nicht die preußischen allein. Er tut das aber selbstverständlich nicht aus Abneigung gegen irgend einen deutschen Einzelstaat, sondern darum, weil er auf seinem Auslandsposten einen geschärften Blick dafür hat, daß nur ein durch feinerlei einzelstaatliche Sonderbestrebungen gehemmtes Deutsches Reich die heute notwendige Weltpolitik durchführen kann, und weil ihm auf seinem Auslandsposten nicht entgeht, welche Hoffnungen deutsches in den ländlichen Kreise auf die Belebung des alten deutschen Partikularismus seien. In beiden Richtungen hat also Fürst Lichnowsky als deutscher Botschafter seine Pflicht und Schuldigkeit getan, wenn er so, wie es geschehen ist, sämtliche deutschen Einzelstaaten vor Sonderbestrebungen warnte. Dass er andererseits nicht die Tatkraftigkeit beging, auf der Kaisergeburtstagsfeier dem Kaiser das parlamentarisch regierte England als Muster vorzuhalten, ist bereits oben erwähnt worden. Da aber die „Deutsche Tageszeit.“ eine solche Unterstellung in bedingter Form vorbringt, muß aus der Botschafterrede noch der nachstehende Schluss wiedergegeben werden, der dem Kaiserbuche unmittelbar voranging:

„Ich darf wohl sagen, daß wir in unserem Kaiser den ersten Patrioten des Deutschen Reiches erblicken, dessen Fürsorge allen Reichsangehörigen ohne Unterschied der Herkunft und des Standes gilt und der auch in Zukunft, gestützt auf die Einheitlichkeit des Oberbefehls wie auf die Liebe seines

Volkes, wie bisher zum Segen des Vaterlandes die Rechte der Krone und die Rechte der Bürger gleichmäßig schützen wird.“

Die „Deutsche Tageszeit.“ tritt mit besonderem Eifer für die Unantastbarkeit der kaiserlichen Kommandogewalt ein; sie sollte daher Fürst Lichnowsky Hinweis auf die Einheitlichkeit des Oberbefehls mit ungeteilter Genugtuung begrüßen. Anstatt dies zu tun, behandelt sie den Fürsten Lichnowsky als Illusionspolitiker, weil er von der englischen Regierung als von einer uns befreundeten gesprochen und bemerkt hat, daß die gemeinsame Arbeit der Großmächte während der Balkankriege nicht nur die einzelnen Mächte, sondern auch die bestehenden Gruppen einander näher brachte. Ganz ähnlich aber hat sich sowohl der Reichskanzler in der Reichstagsitzung vom 9. Dezember wie Graf Berchtold in den Delegationen und Marche di San Giuliano in der italienischen Kammer geäußert. Die leitenden Staatsmänner haben dabei die Hauptfahne, nämlich die Aufrechterhaltung des Friedens während der Balkankriege, im Auge gehabt. Sieht die „Deutsche Tageszeit.“ hierüber hinweg, um dem Fürsten Lichnowsky Episoden von der Art der deutschen Militärmision in Konstantinopel entgegenzuhalten, so zeigt sich auch hierin, daß sie die Person des Fürsten Lichnowsky bekämpft, der ihr als „kommender Mann“ offenbar schwere Träume verursacht.

Das verrät die „Deutsche Tageszeit.“ am Dienstagabend selbst auf das deutlichste, indem sie einen zweiten Angriff auf den Fürsten Lichnowsky mit dem Schluß: „Derartige politisierende Ausführungen sind für einen Botschafter recht bedenklich, zumal wenn sein Name in Verbindung mit einer etwaigen Neubefreiung des Reichskanzlerpostens gebracht wird.“ - Das Berliner Bundesorgan hat hiermit über den Weder seiner gegen den Fürsten Lichnowsky gerichteten Stilübungen die wünschenswerte Klarheit geschaffen!

Deutsches Reich.

„Eine Denkschrift über den Donau-Main-Kanal. Das bayerische Verkehrsministerium hat dem Landtag eine Denkschrift über den Donau-Main-Kanal vorgelegt. Es darf noch dieser Denkschrift angenommen werden, daß es mit dem im Gebiet des Donau-Main-Kanals vorhandenen Wasser möglich ist, den Kanal auch nach dessen Erweiterung für den Verkehr von 200-Tonnen-Schiffen genügend zu speisen. Jedoch steht ohne Zweifel fest, daß die Heranziehung neuer Wasserläufe zur Kanalspeisung nach den neuen wasserrechtlichen Bestimmungen Schwierigkeiten bieten würde. Die Kosten, die der Ausbau des Kanals zu einer Wasserstraße für 200-Tonnen-Schiffe erfordern würde, veranschlagt die Denkschrift auf zusammen 52 Millionen.“

LC. über die Frage des Geburtenrückgangs bringt Abgeordneter Dr. Raumann in der neuen Räumung der „Hilfe“ einen auf statistische Angaben gestützten Artikel, der zu recht pessimistischen Ergebnissen kommt. Er zeigt, daß auf dem Lande seit 1908 ein Sinken der Geburtenziffer eintritt; es handelt sich um einen sehr gleichmäßigen von den Städten kommenden Niedergang, dem die Landorte eine Zeitlang in guterähnlichkeit sich entzogen, der nun aber auch eine ländliche Erscheinung zu werden beginne. Als kinderreiche Regierungsbezirke werden Moritzwerder, Bromberg und Oppeln, aber auch die industriellen Kreise Wünster und Arnsberg aufgewiesen. Demgegenüber herrscht hohe Säuglingssterblichkeit in den drei erstgenannten Bezirken, aber nicht in

Professor Ehrlich in Paris.

Eine Erhebung des Professors Ehrlich wurde, wie wir bereits berichteten, gestern von Pariser Ärzten und Studenten im Broca-Spital veranstaltet, wo der Frankfurter Gelehrte persönlich erschienen war, um die französische Anwendung seiner Methode lernen zu können. Als er mit seiner Gattin und der Baronin James de Rothschild das Amphitheater des Spitals, das für „Experimental-Operationen“ vor den jungen Assistenten und Studenten dient, betrat, bereiteten ihm die sich drängenden Mediziner eine stürmische Ovation. Professor Bozzi hielt den deutschen Kollegen in herzlichster Weise willkommen. Dann hielt Dr. Jeanelme, Hauptarzt des Spitals, einen längeren Vortrag. Seit 25 Jahren hatte er sich speziell der Syphilisbehandlung gewidmet und nie auch nur einen einzigen Fall von kritifreier Heilung retteten können. Jetzt arbeitet er seit 2½ Jahren mit dem „806“ und seitdem ist kein einziger der als geheilt entlassenen Kranken wegen eines Rückfalls zurückgekommen. Früher, wenn jemand das Unglück hatte, von der schrecklichen Krankheit befallen zu werden, kam er zu seinem Arzte und sagte ihm ungefähr: „Doctor, nehmen Sie mich in Behandlung; ich weiß zwar, daß dies Leid nicht heilbar ist; aber tun Sie wenigstens alles, daß ich mit meiner Freindin, so gut es geht, leben kann.“ Heute verlangt der Kranke in bestimmtestem Tone: „Befreien Sie mich vollständig von diesem Leid.“ Diese veränderte Sprache der Kranken ist auf die Überzeugung zurückzuführen, daß das „806“ die „avarie“ auszutreiben vermöge. Ist diese über-

zeugung gerechtfertigt? Dr. Jeanelme beantwortet diese Frage mit einer persönlichen Statistik. Seine sämtlichen Patienten, die er zur rechten Zeit und mit einer ausreichenden Zahl von Einspritzungen mit „806“ behandelte und die er seit 2½ Jahren im Auge behielt, befinden sich in der „Schwangerschaftsperiode“. Sie können nach seiner Ansicht als geheilt betrachtet werden. Er versteht unter „Heilung“ nicht bloß eine anscheinende, objektive, klinische, sondern den Nachweis, daß jede Bazillenaktivität aufgehört hat (Reaktion Wassermann ist). Den Hauptbeweis, daß das Salvarsan Ehrlichs radikal heilt, erblickt Dr. Jeanelme in der unbestreitbaren Tatsache von vier Fällen der Reinfektion, die er beobachten konnte. „Das Salvarsan hat auch noch anders bedeutende Nachwirkungen, nicht bloß für das Individuum, sondern für die Rasse. Ich kenne kein therapeutisches Mittel, das erfolgreicher wie das „806“ gegen die tödliche Wirkung der Syphilis auf Neugeborene antrifft.“ Alle Statistiken stimmen darin überein, daß 75 Prozent der Neugeborenen nicht lebensfähig sind, wenn die Mutter syphilitisch ist. Das Salvarsan scheint sie vor ihrem schrecklichen Geschick zu bewahren. Die Methode Ehrlichs ist die beste prophylaktische Waffe, die es gegenwärtig gibt. Von den einen mit Mutterkrankheiten, von den andern leichtlich aufgenommenen, zählt die neue Methode heute in Frankreich nur noch ganz wenige unverhönlische und systematische Gegner. Sie gewinnt jeden Tag an Tercain und wird sich endlich allen unparadiesischen Kästen aufzwingen; denn die Wahrheit, auf welche Feindseligkeit sie stoßen mag, überwindet schließlich immer die Hindernisse, die man ihr entgegenstellt.“

Auch Dr. Hudele erzählt seine Erfahrungen mit dem Salvarsan der Arseno-Benzol-Wasser. Professor Ehrlich, der seit 10 Jahren nicht mehr in Frankreich weilt (damals war er gekommen, um im Institut Pasteur freibefiziert zu werden), dannte in französischer Sprache sehr gerührt. „Niemand ist Prophet im eigenen Lande“, sagte er, „in Paris wurden meine Methode und meine Ideen am besten verstanden und zur Anwendung gebracht. Wenn meine Anstrengungen von Erfolg gekrönt wurden, verdanke ich es zum großen Teil den französischen Medizinern, die vor allem die technischen Einzelheiten der Anwendung gut verstanden. Dafür danke ich Ihnen.“ Die Pariser Ärzte waren für diese Anerkennung gern zu haben und applaudierten lange - der „Matin“ haupte die Geschichte sogar zu einem prächtigen Stücklein charakteristischen Eigenlob auf, als wäre Ehrlich ohne die Franzosen nie durchgedrungen. Der „Matin“ hat die Kampagne vergessen, die er selbst und andere gegen den Frankfurter „Charlatanismus“ geführt hatte. Na, Ende gut, alles gut. Heute wird in der Tat überall, selbst im staatlichen Frauengefängnis Saint-Lazare, nur noch das „806“ angewandt. Dr. Emych berichtet Ehrlich, er habe im Rothschild-Spital 918 Kranken mit 5145 Einspritzungen, in anderen Kliniken weitere 3000 Kranken mit rund 25 000 Einspritzungen behandelt und nicht einen einzigen Unfall gehabt. Auch er wies auf die Bedeutung des frisch destillierten Wassers hin: Ehrlich habe mit Recht darauf gewarnt, aufbewahrtes Destillierwasser zu verwenden. Im Institut Pasteur wird in der Klinik ebenfalls nur noch das Salvarsan gebraucht. G. Dahm.

Münster und noch weniger in Arnoldsberg. Die Zahlen ergeben, daß, wie sich Raumann ausdrückt, „auch in den kinderreichen Bezirken der Wurm zu freien angezogen hat“; sodann die Bestätigung des Satzes, daß Industrialismus nicht an sich Kinder verhindert, denn das Aufsteigen der Kindergesellen in Oppeln und Münster ist zweifellos industriellen Ursprungs. Die kinderreichen Bezirke sind neben Berlin und Bremen Wiesbaden und Hannover; in Hannover sind vielleicht auch die Ländereien kinderarm. „Das ist die alte bürgerliche Kinderreiche der Anerbauten.“ Raumann schließt ab: „Über vorübergehende Schwankungen kann man sich leicht trösten, hier aber liegen gar keine Schwankungen vor und ein ganzes Volk wird fast ohne Ausnahme von der Unlust am Nachwuchs ergriffen.“

— Ein liberaler Wahlsieg in Königsberg. In Königsberg wurden bei den Stadtoberordnetenwahlen, die am Sonntag in einem Bezirk der dritten Abteilung stattfanden, die drei liberalen Kandidaten ironischer großer sozialdemokratischer Anstrengungen mit über 1200 gegen rund 840 Stimmen gewählt. Die „Königsb. Hart. Zug“ hebt anerkennend hervor, daß sich bei diesem erfreulichen Sieg der Begriff liberaler Arbeiter und Bürger besonders eifrig an der Wahlarbeit beteiligt habe.

— Ein Kirchenstreit in Württemberg. In der über 800 Einwohner zählenden Pfarrei Baisertshofen in Schwaben hat sich der Ortspfarrer so mißliebig gemacht, daß eine nahezu vollzählige kirchliche Versammlung einstimmig beschloß, die Kirche so lange zu meiden, bis der Pfarrer die Pfarrei verlassen habe. Seit sechs Wochen wird dieser Beschluß streng durchgeführt. Jeden Sonn- und Feiertag eilen über 200 Personen dem nahen Tussenhausen zu, um dort in der Kirche gottesdienstliche Aufnahme zu finden.

— Deutscher Landeswehr aus polnischer Hand. Der polnische Gutsbesitzer Piotrowski verkaufte sein Gut Wasanowo im Kreis Kempen (Provinz Posen), das 1000 Morgen groß ist, für etwa 500 000 M an einen Deutschen.

Kirche und Bildungswesen.

Die geistliche Schulaufsicht. Nach einer im Januarheft des Zentralblattes für die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen veröffentlichten Zusammenstellung ist der gegenwärtige Stand der Verwaltung der Kreisschulinspektionen in Preußen also: Im ganzen gibt es in der Monarchie 1842 Kreisschulinspektionen. Davon werden 999 nebenamtlich durch Geistliche verwaltet und nur 483 besitzen hauptamtliche Kreisschulinspektoren. Die meisten hauptamtlichen Kreisschulinspektionen hat die Rheinprovinz mit 78, dann folgen Posen mit 67, Schlesien mit 64, Westfalen mit 48, Westpreußen mit 43, Ostpreußen mit 28 usw. Die wenigen hauptamtlichen Kreisschulinspektionen, nämlich nur 8, befinden sich in Hessen-Nassau. Dafür aber hat diese verhältnismäßig kleine Provinz 129 nebenamtliche Schulinspektoren, libertärfest wird sie darin nur von Hannover, wo 160 Kreisschulinspektionen von Geistlichen nebenamtlich verwaltet werden. Merkwürdig ist, daß die in letzter Zeit erwähnten hauptamtlichen Kreisschulinspektoren sich größtenteils aus den Reihen der Geistlichen rekrutieren. Der kirchliche Einfluß auf unser Volksschulwesen überwiegt noch immer weit den weltlichen.

Heer und Flotte.

Der Ehrenpreis des Kaisers für Kavallerieoffiziere. Im Kavalleriekorps ist dem Leutnant Ehren. Heyl zu Herten geb. bei im 1. Hessischen Leibgarde-Dragoon-Regiment Nr. 28 in Darmstadt der vom Kaiser für Kavallerieoffiziere gestiftete Ehrenpreis, der alljährlich für die besten Leistungen in dem angekündigten Dauerwettbewerb wird, für das Jahr 1913 zu erkannt worden. Um endgültig in den Besitz des Siegers überzugehen zu können, muß der Ehrenpreis zweimal errungen werden.

Der Seefahrtbedarf. Am Sonntag war der Schluss für die Anmeldungen zum Eintritt als Seefahrt 1914. Vor einem Vierteljahrhundert genügten 50, 1890 betrug der Verlust 140, 1900 schon 200. Später sank die Zahl der Eingeschiffeten auf 185 und stieg 1911 auf 212, 1912 auf 245, 1913 auf 284. Das ist bisher die Höchstzahl gewesen; sie dürfte in diesem Jahre unverhältnisweise überschritten werden, denn es kommen 1914/15, wie bisher, nur vier Schulschiffe für die Ausbildung in Betracht. Jeder Schulschiff ist aber mit reichlich 70 Seefahrtensäcken besetzt. Die Anmeldungen sind mittlerweile ausreichend eingegangen. Der Verbrauch an See-

offizieren ist bei der Eigenart des Seediensstes, dem häufigen Klimawechsel, dem längeren Aufenthalt in den Tropen usw. groß. Beispieldeweise sind von den 30 Seefahrtensäcken, die 1889, vor 25 Jahren, eingetragen, nur noch 26, also fast genau die Hälfte, im aktiven Dienst, vom Jahrgang 1900 dienen noch aktive 182; in 14 Jahren ist somit reichlich ein Drittel ausgeschieden. Diese Tatsache bringt es mit sich, daß eine Anzahl überzähliger alljährlich eingestellt werden muß.

Sieben Torpedoboote auf dem Grunde des Meeres. Über die Bergung des nach einer Kollision mit dem Linienfregatten „Büdingen“ am 14. September 1912 gesunkenen Torpedobootes „G 171“ verlautet nichts mehr. Der Nordische Bergungsverein hat im Laufe des Sommers mehrere Torpedofangrohre und einen Scheinwerfer geborgen und dann seine Tätigkeit bei dem Boot eingestellt. Wie es damals hieß, seien die große Wassertiefe und die sehr schwierige Lage des Bootes einer Bergung bedeutende Schwierigkeiten entgegen. — Damit ruhen nun sechs Torpedoboote auf dem Grunde des Meeres: „S 12“, „S 26“, „S 41“, „S 48“, „S 23“ und „G 171“.

Schiffenachtisten. Eingerufen: S. M. S. „Aegea“ mit dem Chef der detachierten Division und S. M. S. „Aönis“ am 2. Februar in St. Helena, S. M. S. „Geier“ am 2. Februar in Daresalalum, S. M. S. „Goeben“ mit dem Chef der Mittelmeerdivision am 2. Februar in Kavalla, S. M. S. „Lützow“ am 3. Februar in Amros. In See gegangen: S. M. S. „Karlsruhe“ am 2. Februar von Kiel.

Deutsche Schutzgebiete.

Das Denkmal für Dr. Peters in Daresalalum. Der Bildhauer Karl Möbius, der Schöpfer verschiedener kolonialer Denkmäler, ist vom Auschluß für das Peters-Denkmal beauftragt worden, für den Eroberer der Kolonie Deutsch-Ostafrika, Dr. Peters, das in Daresalalum zu errichtende Denkmal zu bauen. Der Künstler hat bereits mit dem Werk begonnen. Da Dr. Peters augenscheinlich in Berlin weiß, ist dem Bildhauer Gelegenheit gegeben, den Froscher nach der Natur zu modellieren. Der Auschluß verfügt zwar noch nicht über genügend Geldmittel, hat aber doch in froher Übersicht das Werk begonnen und in der Hoffnung, daß gerade dadurch weiterhin die Giebelfreudigkeit der deutschen Kolonialfreunde gehoben und der Beitragstrom so reichlich fließen wird, daß bei der Ausfüllung des Werkes in Daresalalum mit keinem Fehlbetrag zu rechnen ist.

DKG. Das Europäerfrankenhaus in Jaunde. Ende Oktober ist in Jaunde das neuerrichtete Europäerfrankenhaus eröffnet worden. Die deutschen Pioniere im Hinterland von Südamerika brauchen also künftig nicht in Fällen von Krankheit den Weg zur Küste zurückzulegen. Die „Kamerun-Zug“ bemerkt dazu: In freier Lage auf einer Anhöhe erhebt sich auf einem hallenartigen Unterbau das neue Krankenhaus. Es enthält einen großen, gut eingerichteten Operationsaal, Laboratorium, Apotheke und fünf große und geräumige Krankenzimmer sowie Baderäume mit Wasserleitung. Als Aufenthaltsort für Genesende ist vor den Krankenzimmern eine große und schattige Veranda angelegt, von der aus man einen weiten Blick über Jaunde und Umgebung genieht. Infolge einer gesunden und frischen Lage ist Jaunde auch als Erholungsstätte sehr geeignet für solche, die nach langerem Aufenthalt im Küstensturm oder nach überstandenen Krankheiten im Lande neue Kräfte sammeln wollen. Für die Aufnahme von Europäerinnen sind entsprechende Einrichtungen getroffen. Der Frauenverein für Krankenpflege in den Kolonien hat eine Schwestern entfand.

Ausland.

Luxemburg.

Bischof Koppes als Angeklagter. Wie erinnerlich, hatte sich der luxemburgische Bischof Koppes auf dem Wege nach Luxemburg zu beständigen Schmähungen u. a. auch gegen die Freimaurer hinsetzen lassen. So führte er aus: Die Freimaurer vergiften die Jugend. Ihr Gesetz sei Lüge, ihr Gott der Dämon, ihr Kultus das Schändlichste, was man sich denken könne. Luxemburg habe eine durchaus gottlose Schule bekommen. Das Volk sei durch Lüge, Verdrückung und Beleidigung eingeschüchtert worden, jetzt aber könne es die Augen. Auf Veranlassung der luxemburgischen Kammer der Abgeordneten hat der luxemburgische Justizminister gegen den Bischof Koppes ein Strafverfahren wegen Verleumdung von Mitgliedern des luxemburgischen Landtages eingeleitet.

und, fast möchte ich sagen, psychologisch richtig herauszubringen. Der Hund sitzt auf einem Stuhl, ist auf verbotenen Bogen. Vor ihm auf dem Tisch ein Teller mit ein paar Würstchen. Man sieht den Hund nur im Profil und weiß doch, daß beide Augen auf einen Punkt gerichtet sind. Man sieht das Schuldbeicht und das Gierige in dem Hundegesicht, der schwere Kampf, ob er gehorsam sein wird oder ob er am Ende doch nicht.

Ein gemeinschaftliches Bild ist J. Oerders „Mutter und Kind“. Alles in zarte und liebvolle Farben gehüllt, sowohl die junge Frau wie auch das Kindchen an ihrer Brust. Noch besser aber ist dem Künstler das schlafende Kind gelungen. In seinem Körbchen liegt es und atmet so ruhig. Die Härchen ein wenig verklebt, die Wäschchen von sonstem Not überdeckt und die kleine Hand gut faulig gehalten. Unendlich poetisch, unendlich lieblich sah der Künstler das kleine Wesen, vielleicht ist es sein eigenes Kind, die junge Mutter seine eigene Frau. Die Bilder muten an, als habe der Künstler den beiden mit jedem Strich eine Lieblosung beigebracht. Ganz und elegant zeigt J. Hahnel von Papuadrecht seine jungen „Österreichischen Offiziere“ auf das Papier und sehr gelungen ist S. A. Krabbe „Großmutterchen“.

Den breitesten Raum nehmen die Landschaften ein. Meist ruhige Farben und einfache Motive. H. K. Voigt fand ein reizvolles Aquatell. J. C. Mitseno eine „Limburgische Landschaft“, breit und zielbewußt hingestellt. L. Raemekers „Stiller Tag“ ist sehr und ruhig, das Motiv gilt von J. Mondriaans „Alter Wassermühle“, L. van Beekens „Landschaft“ und G. Morgensterns „Münchens Abendlandschaft“, die im Ton an die spätantiken Bilder C. Lhons of Towns erinnern.

Der „English cottage garden“ von A. M. v. Schaffhausen mit seiner Blumenfülle und dem alten Brauchen, das zwischen den blühenden Beeten wandelt, ist einzigartig in seiner Gemütllichkeit. Dann sind noch die eleganten lebendvollen Porträts von Th. van Duyv. Schwohlke zu nennen, ein prächtiger Frauenkopf von A. T. Orlmann. „Der Dorn“ benannt, eine nackte Frau im Walde, von der Sonne durchleuchtet, die einen Dorn aus ihrem Fuß entfernt — ein anderer Art von den-

leit, und durch Vermittlung des Auswärtigen Amtes hat nunmehr die Berliner Staatsanwaltschaft Ermittlungen wegen der auf deutschem Boden gefallenen Beleidigungen angezeigt. Zur Beweisführung findet auch vor dem Charlottenburger Amtsgericht die Vernehmung aller Journalisten statt, die auf dem Weier Rotholztag geweilt und über Aufführungen des Bischofs an ihre Blätter berichtet haben.

Frankreich.

Ein Distanzritt transalpiner Reserveoffiziere. Paris, 3. Febr. Das französische Kriegsministerium hat einen Distanzritt von Biarritz nach Paris für die Reserveoffiziere der französischen Armee ausgeschrieben, der in der Zeit vom 11. bis 22. März stattfinden soll. Für die besten Leistungen sind Preise im Gesamtwert von 15 000 Franken ausgesteckt. Die Dauer des Rittes wird den Offizieren als Übungzeit angerechnet, die auch während dieser Zeit Marschelde beziehen.

Ein „parteilicher“ Berichterstatter. Paris, 4. Febr. Wie der „Figaro“ mitteilt, hat der Berichterstatter für das Budget der öffentlichen Arbeiten, Béchade, die ihm übertrautte Aufgabe dazu benutzt, in rücksichtsloser Weise Reklame für den Erzeuger eines Flugzeugmotoren auf Kosten der Konkurrenten zu machen. Béchade habe in seinem Bericht den ganzen Katalog dieses Flugzeugfabrikanten abgedruckt. Das Blatt erhebt gegen dieses Vorgehen scharfen Einspruch.

England.

Vom Lehrerstreit in Herefordshire. London, 3. Febr. Der Verlust der Behörde, die streitenden Lehrer durch Aushilfskräfte zu ersetzen, stieß auf den bestigen Widerstand der Schüler und Schülerinnen. In Ledburn wurde die neue Lehrerin von 200 der älteren Schülerinnen bei Beginn des Unterrichts zum Schülertor hinausgedrängt. In Reaktion auf die beiden Aushilfslehrer mit Lehm und Rosenstücken bombardiert.

Montenegro.

Deutsches Kapital. Cattinje, 3. Febr. Mehrere reichsdeutsche Kapitalisten haben der montenegrinischen Regierung Vorschläge gemacht, um Straßenbauten und Wasserversorgungen in den neuen Gebieten durchzuführen. Die gegenwärtig liegende montenegrinische Stupschäna wird sich über die eventuell zu erzielenden Konzessionen schässig werden.

Türkei.

Die Militärreform. Konstantinopel, 3. Febr. Der deutsche Instrukteur Bösselt wurde zum Generalinspekteur der Artillerie ernannt. Das Kriegsministerium bereitet eine dritte Liste von Wohnpensionen vor, solche vom Hauptmann abwärts. Das Marineministerium veröffentlicht die erste Pensionliste. Sie umfaßt 300 höhere Marineoffiziere.

Die italienische Konzessionspolitik. London, 3. Febr. Das Reuter'sche Bureau erfährt: Die Versprechungen zwischen Italien und der Türkei beziehen sich auf eine italienische Eisenbahnkonzession in Kleinasien. Da der italienische Vorschlag bestehende britische Rechte schwächen könnte, so ist die Angelegenheit jetzt auch Gegenstand einer freundschaftlichen Erörterung zwischen Italien und der in Frage kommenden britischen Gesellschaft.

Asien.

Die internationalen Truppen in China. Shanghai, 3. Febr. Die Russen ziehen Anfang März ihre Truppen endgültig aus Peking zurück.

Eine neue englische Bahnbaukonzession in China. Tientsin, 3. Febr. Einer Meldung aus Tientsin folge, erhält eine englische Gesellschaft von der chinesischen Regierung die Konzession zum Bau einer Eisenbahn von Tepu-Tainfu. Der Kurs wird eine große kommerzielle wie auch politische Bedeutung beigemessen.

Vereinigte Staaten.

Erfreuliche Fortschritte des Deutschen im nordamerikanischen Schulwesen. Das wachsende Verständnis, welches die Nordamerikaner der Bedeutung der deutschen Sprache und Kultur entgegenbringen, fand lebhaft einen bezeichnenden Ausdruck darin, daß nach den „Mittelungen des Vereins für das Deutschium im Ausland“, der Schulrat für das Volksschulwesen in Omaha, Nebraska, den Posten eines Super-

intendenten kann den Vergleich nicht aushalten — und ein hochfürstlich wiedergegebener Frauenkopf. Vor dem Spiegel von A. A. ten. Hier zeigt ein weiterer Künstler echtes Können. Nichts ist schwerer wie eine Aufgabe malerisch erfassen. Ein schöner Frauenkopf ist leichter malen wie ein reizloser. Mit einem schönen Frauenkopf wird man selbst bei weniger Kreativität gewisse Eindrücke erreichen, aber hier handelt es sich um einen blauäugigen Frauenkopf. Weil die Haut, gerötet die Nase, von Tränenstrümpfen, die Kinn und Sorgen erpreßt, das dunkle Haar einfach zurückgestrichen. Dieser Frauenkopf hat etwas Rührendes in seiner hilflos-ergebenen Melancholie; er lehnt an einem Spiegel und wird als „blauer“ wiederkehren.

Schön gelungen ist „Das Brieflein“ von A. Anfing. Eine Gruppe, durch moderne Puppen gestellt, die an die per versen Lotti-Prinzen-Puppen erinnern. Sein in den Farben und in der Gruppierung.

So auch diese Ausstellung ein reiner Genuss. Aber auch sie läßt sich mit diesen Bildern nicht erschöpfen. Da kann man nur jedem raten, selbst hinzugehen, zu sehen und — zu genießen.

Russischer Kunstverein.

Im Museum stellte ein gutes Dutzend guter Künste Schwarz-Weiß-Blätter aus. Diese reizvolle Kunst zeigt sich von ihrer besten Seite, in allen echenlichen Techniken. Oft mühsam, Strich für Strich gezeichnet, dann wieder bei in wenigen Strichen verblüffende Wirkungen erzielend.

So sandten u. a. Oesterle zwei gelungene Winterlandschaften. Mucha einen flotten Mädchenkopf, May Liebermann drei famose Porträts, darunter ein Selbstporträt, Strud schwundet hohe Preisspanne. Wollenkrahe und das Bild eines alten Judent im Gebet, seine Spezialität Bottner „Fliegende Bilderten“, sehr flott hingestellt. Weil ein ganz apelles Blatt, „Der Verführer“ benannt. Bei sich eine außerordentlich reizvolle Wiedergabe der Friedrichsruh (Berlin) und ein Studium der schönen Lagunenstadt Venetien und Rötmer ein pittoresk Bärtchen, ein Bierot, der eine schönen Postle den Hof macht. Auch da eine sehr sehenswerte Kollektion!

Kirchheim, Regierungsbezirk Kassel). Sofern die Wahl die Bestätigung des Landrats findet, tritt zum erstenmal ein Verwaltungsrat an die Spitze unserer städtischen Verwaltung.

ht. Witten, 3. Febr. Dem Nachwächter von Wüste m passierte neulich nachts ein drolliges Erlebnis. Es begleitete ihm nämlich während eines nächtlichen Rundgangs durch den Ort ein — Schwein, ein herrenlosen Schwein. Der pflichtlose Mann rief einige Leute aus dem Schlaf zur Melognosierung des landstreunenden Tieres. Da es niemand trockenes Bequachtung erlangte, brachte man es in einen ausfalls leerstehenden Stall. Am nächsten Morgen stellte es sich heraus, daß es das Nachwächter Schwein selbst war, das sich heimlich von zu Hause entfernt hatte und nun seinem Herrn diesen viel belästigen Streit freute.

S. Marienberg, 3. Febr. Wie verlautet, hat Oberbaurat Böcking zu Limburg seine Stelle als Vorsitzender des Verkehrsbausausschusses vom "Westwaldklub" wegen zu vieler anderer Arbeiten niedergelegt. Sein Nachfolger ist Oberbaurat Freiherr Marzschall v. Biberstein zu Montabaur geworden. Hoffentlich behält Herr Böcking sein Amt als Vorsitzender des Klubs. Seinen Rücktritt von diesem Amt würde man auf dem Westwald sehr bedauern.

— Dillenburg, 3. Febr. Die Stadtverordneten-Beratung beschäftigte sich mit einigen von der Bau- und der Finanzkommission vorbereiteten, für die Erneuerung bestimmten Vorlagen, welche fast sämlich Annahme fanden. Es wurden bewilligt 8400 M. für die Regung eines Kanals in der Wilhelmstraße, welche Kosten sich durch die Benutzungsgebühren vollständig verzinsen; ferner 8400 M. für den Ausbau des unteren Teils der Poststraße nebst Bau einer Kaimauer an der Dillseite; für Schaffung eines Bürgersteigs an der Hohl 2000 M., von welcher die Hälfte durch Anliegerbeiträge wieder eingezogen wird; 800 M. für die Instandsetzung des Paradeplatzes vor dem Archivgebäude; 200 M. für die Errichtung einer Badehütte für Schulkinder. Bei der Beschlusssitzung über weitere Mittel zur Überwölbung des Marbachs wird die Inangriffnahme dieser Arbeit in diesem Jahr gefordert. Für bauliche Instandsetzungsarbeiten am Wilhelmsturm werden im ganzen 2000 M. bewilligt. Die Umpflasterung der Marbachstraße soll erst erfolgen, wenn die Anlieger ihre Treppen vor den Häusern auf ihre Kosten befestigt haben; schon bis zum 1. April d. J. hat der Magistrat über den Stand dieser sich schon Jahre hinziehenden Angelegenheit zu berichten. Die Kanalgebühren werden in seitlicher Weise, nämlich 1½ Prozent vom Aufzugswert, auch für 1914 festgesetzt.

Aus der Umgebung.

Die Homburger Kasernenfrage.

ht. Bad Homburg v. d. H., 3. Febr. Die seit Monaten herrschende Ungeheuerlichkeit über den Platz der zukünftigen Kasernen-Neubauten erregt die Bürgerschaft in steigendem Maße. Im Vordergrund stand bisher ein Gelände an der Saalburgstraße, das auch schon die Genehmigung des Kaiserzahndienstes und für das zahlreiche Gründe hygienischer, finanzieller, wirtschaftlicher und militärischer Art sprechen. Vor kurzem tauchte jedoch ein neuer Plan auf, nach dem die Neubauten hinter dem Güterbahnhof erstehen sollen. Gerüchten folgte von einem reichen Herrn dort bereits ein großes Gelände angekauft sein. Durch Anhandgabe hat sich der Vermittler dieses bis zum 1. Juli gesichert, so daß demnach Aussicht besteht, daß die Kasernen hier erbaut werden. Gegen dieses Projekt herrscht in der Stadt durchweg Erbitterung, da die weitesten gewerblichen Kreise dadurch schweren Schaden erleiden. Um über diese Fragen, die für Homburg von einschneidendster Bedeutung sind, Klarheit zu erlangen, wurde heute an den Magistrat eine Interpellation gerichtet, die vom Stadtverordneten Kappus eingehende Begründung erfuhr. Oberbürgermeister Lübbel erklärte, daß die Stadt dem Kriegsministerium ein Grundstück an der Promenade angeboten habe, eine Entscheidung sei jedoch noch nicht gefallen. Für den Anfang der alten Kaserne habe Homburg 450 000 M. geboten; weitere Zugeständnisse könne die Stadt nicht mehr machen. An die Kaufsumme habe man aber die Bedingung gefügt, daß die neue Kaserne auf Homburger Gemarkung gebaut werde. In der Debatte sprach man sich überwiegend für die Bebauung des Platzes an der Saalburgstraße aus, da nur hierdurch Homburgs Interessen gewahrt bleiben können.

hs. Mainz, 3. Febr. Die alte Mainzer Fortschrittliche Volkspartei veranstaltete gestern abend im "Körnerhof" eine öffentliche Versammlung, in der der Vorsitzende der Fortschrittspartei in Straßburg i. Els. Dr. Bad einen Vortrag hielt über das Thema: "Die Lage in Elsass-Lothringen". Die Versammlung war von etwa 180 Frauen und Männern besucht. Der Vortrag selbst bewegte sich im großen und ganzen auf der Grundlage der durch die Tagesspreche hinreichend bekannt gewordenen Vorfälle im Elsass und bot nur dadurch erhöhtes Interesse, daß er aus dem Munde eines mit den Verhältnissen vertrauten Einheimischen kam. Eine Resolution wurde nicht beschlossen.

M. Frankfurt a. M., 3. Febr. Der Militärschluss hat jüngst den im Bezirk der Handwerkskammer Wiesbaden ansässigen Schneidermeistern einen schönen Auftrag zugewiesen. Es wurden für über 100 000 M. Schneiderarbeiten an den Händlern vergeben. In den Strafanlagen Preungesheim und Diez werden fortan keine Arbeiten für Privatunternehmer hergestellt, um eine Schädigung des Handwerkstandes zu vermeiden. — Die Kinogesellschaft "Frankfurter Lichtbühne" ist in Konkurs geraten. — Einem Transport-Kamelle, die der Birtius Carte heute früh nach Offenbach bringen lassen wollte, stellte sich an der Konstablerwache eine Anzahl Schuhleute entgegen, die den Befehl hatten, den Transport zu verhindern. Die Beamten füllten den Tieren in die Bügel, wobei einer der Reiter stürzte und einen Arm brach. Es entstand eine Panik. Die Tiere waren von Tücherfesseln und Cottobows begleitet. Ein Tücherfessel wurde festgestellt. — FC. Hier wurde gestern eine Gesellschaft für ländliche Lichthildkultur, G. m. b. H., Sich Frankfurt a. M., ins Leben gerufen.

— Frankfurt a. M., 3. Febr. Um einen Kapitolsgrundstück zur Errichtung einer Altersversicherung der Frankfurter bildenden Künster zu schaffen, bat sich die künstlerische Künstlergesellschaft und der Verein Frankfurter Kunst und Künste zusammen. In der Festhalle soll an zwei Tagen ein "Frankfurter Mädespiel von anno Deumal" veranstaltet werden. Das Fest soll am 25. und 26. April stattfinden.

ht. Bad Homburg v. d. H., 3. Febr. Infolge einer Stromunterbrechung trat heute abend im gesamten Straßenbahnbetrieb eine mehrstündige vollständige Verkehrsstoppage ein. Auch in zahlreichen Häusern, u. a. im Kurhaus, machte sich die Störung unlieblich bemerkbar.

S. Altenkirchen (Westwald), 3. Febr. Der Geschworenen-Verein des Landgerichtsbezirks Neuwied,

der hier eine außerordentliche Generalversammlung hielt, hat mit großer Mehrheit beschlossen, auch in Zukunft weiter zu bestehen, obgleich staatliche Lagegelder für die Geschworenen beschlossen sind.

Gerichtsaal.

Berlin, 4. Febr. (Eig. Drahtbericht) Die Schwurgerichtsverhandlungen gegen den Grafen Mielginski wegen Erordnung seiner Frau und seines Neffen findet auf Anordnung des Justizministers am 28. Februar vor dem zuständigen Schwurgericht in Berlin statt.

Sport und Spiel.

Fußball. Am Sonntag, 9 Uhr nachmittags, tritt auf dem Sportplatz an der Frankfurter Straße die 1. Mannschaft des Wiesbadener Gymnastik-Fußballvereins 1900 der ersten Schülermannschaft des S. A. "Olympia" Darmstadt gegenüber.

EisSport. Die Eisbahn auf den Krippen in Biebrich vor dem Strandheim ist, wie uns mitgeteilt wird, wieder eröffnet. Die Bahn hat freigelautes Grundeis.

h. Turnen. Zu der Statistik der Deutschen Turnerschaft für das Geschäftsjahr 1913 liegen der S. folgende Zahlen: In 46 Städten und Ortschaften mit zusammen 100 418 Einwohnern befinden 52 Turnvereine mit insgesamt 4887 Mitgliedern (54 Vereine mit 4842 Mitgliedern im Geschäftsjahr 1912). Würde gehören 4,86 Proz. aller Einwohner Turnvereinen an, 1600 Mitglieder betätigen sich aktiv beim Turnen. 18 Vereine pflegen das Turnen schulpflichtiger Kinder, darunter nehmen 583 Mädchen und 225 Jungen teil. Am Freiturnen beteiligen sich in 8 Vereinen 150 Jungen sowie Mädchen über 14 Jahren. Während nur 7 Vereine im Besitz einer eigenen Turnhalle sind, verfügen 19 über einen eigenen Turnplatz. 137 Turner sind im Berichtsjahr ins Meer eingetreten. Von 84 Vereinen wurden 110 Wanderrungen unternommen, und zwar von 12 Vereinen in Verbindung mit Gewandschießen. In 5 Vereinen betrieben Schwimmkriegen und in einem eine Fechtgruppe. Neu beigetreten sind dem S. die Tgm. Eltville und der Tz. Bellerup. Ausgetreten sind auf Höhe über 111 in den neu gegründeten Taunuspau die Vereine Wehen, Hahn, Reudel, Breitbach und Bleidenthal, Tz. Die 6 größten Vereine im S. sind Tz. Biebrich (595 Mitglieder), Tgm. Scherstein (880), Tgm. Sonnenberg (250), Tz. Döbbeck (235), Tgm. Geisenheim (233) und Tgm. Niedersheim (210 Mitglieder).

Neues aus aller Welt.

Ein Automobil auf einen Personenzug gefahren. Radeberg (Sachsen), 4. Febr. Am frühen Morgen auf dem Stadtsstraßenübergang am Bahnhof Radeberg fuhr gestern abend ein von Dresden kommender Kraftwagen durch die geschlossene Schranke in den einfahrenden Personenzug 707. Der Kraftwagen wurde vollständig zertrümmert. Ein Insasse, der Mechaniker Hornbach aus Dresden, erlitt einen Schädelbruch und schwere Knöchelbrüche. Er wurde unverzüglich in das Radeberger Krankenhaus übergeführt, wo er bald verstarb.

Ein Theatersandal in Prag. Prag, 2. Febr. Im tschechischen Nationaltheater ist es heute abend zu einem regelrechten Theatersandal gekommen. Es sollte ein Ballett "Mofos" von dem berühmten Tanzmeister August Berger aufgeführt werden, dessen weibliche Hauptrolle als Gast die italienische Primadonna Tz. Gociana Agolani spielte. Kurz nach Brunnis der Aufführung erhob sich auf der Galerie rechter Seite, es wurde gesiezt, geschnitten und gejubelt. Semmelsteine, Orangen- und Apfelschnitten wurden auf die Bühne geworfen. Ein Teil fiel auch in das Baffett und traf Zuschauer. Der diensttuende Polizeioffizier eilte mit mehreren Schuhleuten auf die Galerie und nahm die Haupttänzerin fest. Es stellte sich heraus, daß es zwei italienische Studenten waren. Man nimmt in tschechischen Künstlertreinen an, daß die Demonstrationen dadurch veranlaßt wurden, daß die tschechische Primadonna Tz. Agolani sich von der Theaterleitung zurückgesetzt fühlt.

Sur Mortat in San Remo. Stuttgart, 4. Febr. Der Polizeichef meldet: Der angeklagte Ingenieur Longfield Wolf, der nach Zeitungsnachrichten an der am 20. v. M. in San Remo verübten Mortat beteiligt war, wurde am gestrigen Samstag in der Person des ledigen Mechanikers Albert Wolf, geboren am 22. September 1884 in Thann, Oberamt Ludwigsburg (Württemberg) — nicht Thann in Bayern — amtlich ermittelt. Wolf war bis vor kurzem darüber wohlauf und in dem Geschäft seines Vaters tätig. Seine angeklagte Frau ist ebenfalls Stuttgarterin. Wolf hatte sich schon seit langerer Zeit als Sohn eines reichen Ananasplantagenbesitzers in Santarosa ausgegeben und aulebt unter Schändigung bürgerlicher Personen auf grohem Fuße. Es ist nicht unverzüglichlich, daß durch ihn noch weitere Verleumdungen als die bereits festgestellten geschädigt worden sind.

Deutscher Reichstag.

Vereinsgesetzdebatte.

S. Berlin, 4. Febr. (Eig. Drahtbericht) Naum Jemola zuvor hat der Präsident so häufig wie jetzt der Teilnahme des Reichstags an Katastrophen aller Art Worte leihen müssen. Heute war es bei schweren Unfällen, der zwei Zentrum abgeordnete auf dem Weg zum Parlament getroffen hat. — Im übrigen galt der Tag heute auschließlich der Erörterung über die Handhabung des Vereinsgesetzes. Man weiß, daß dieses Hauptwerk des Bülowblöcks von vornherein erhebliche Schönheitsfehler aufwies, aber ohne den Sprachenparagraphen beispielweise hatte sich damals eben das Kompromiß nicht machen lassen. Auch in der heutigen Debatte wurde eigentlich von keinem Redner gelegent, daß das Ver einsgesetz einen erheblichen Fortschritt gegen den früheren Zustand bedeutet. Die Klagen richten sich nur gegen den kleinlichen (viele Redner sagten, preußischen) Polizeigesetz bei der Ausführung. Der Pole Tz. Legien verlangt verlängerte rechte Ausübung des Sprachenparagraphen und des Verbots, der Teilnahme jugendlicher Personen an Vereinen und Versammlungen, und erzählte einige Kuriosa aus der Ostmark, wo man den Gebrauch der polnischen Sprache selbst bei privaten Besprechungen verboten und bestraft habe. Der Sozialdemokrat Legien verlangte nun endlich die bestimmtere Fassung des Gesetzes, kritisierte die Verabschaffung der Mitgliederliste des Essener Transportarbeiterverbandes, die er einen politischen Einbruchsstahl nannte, und polemisierte dann sehr lebhaft gegen die polizeiliche Überwachung der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Jugendbewegung. Herr Marx, der Zentrumspolitiker, trat für eine authentische Interpretation dessen ein, was unter einem geschlossenen Verein zu verstehen sei, und erklärte auch seinerseits sowohl den Sprachenparagraphen wie die Bestimmungen Jugendlicher an Versammlungen für antiquiert und überholt. Auch das Jagdwische Verbot der Berliner Schuhmannschaftsvereinigung spielte in allen diesen Reden eine Rolle. — Der Ministerialdirektor Dr. Lewald, der sich für die hier angeschnittene Frage verantwortlich erklärt, machte sich die Sache ein wenig leicht, indem er, allerdings unter dem Widerspruch der Mehrheit, der Meinung

Ausdruck gab, die Klagen richteten sich ja nicht gegen die Exekutivbehörde, sondern gegen die Gerichte, und dagegen könne er natürlich nichts machen. Der Berliner Polizeipräsident habe mehrfachweise den Schuhleuten gegenüber fast zur selben Zeit dieselbe Haltung eingenommen wie sein Londoner Kollege, und einem Polizeipräsidenten müsse man den Schuhleuten gegenüber dieselben Rechte zugestehen, wie z. B. — das war ein Ziel gegen das Zentrum — einem Bischof gegenüber seinen Clerikern. Gewerkschaft oder Sozialdemokratie seien ein- und dasselbe.

Stein Wunder, daß sich die beiden Rechtsparteien, vertreten durch die Abgeordneten Dr. v. Welt und Martin, nun erst recht auf das hohe Pferd vollständiger Ablehnung gegenüber allen Anträgen setzten. Für sie sind die Dinge, so wie sie sind, gut. Besonders Herr v. Welt erregte mit seinen Ausführungen den oft stürmischen Widerspruch der Linken. Morgen wird die Debatte, die man ursprünglich in einem Toge hat beenden wollen, fortgesetzt.

Sitzungsbericht.

Eigener Drahtbericht des "Wiesbadener Tagblatts".

Berlin, 4. Februar.

Am Bundesratstisch: Staatssekretär des Innern Dr. Delbrück.

Präsident Dr. Raempf eröffnet die Sitzung um 1,18 Uhr mit folgenden Worten: Auch bei Beginn der heutigen Sitzung muß ich Ihnen eine

unfreudliche Mitteilung

machen. Die beiden Kollegen Hebel und Buek sind heute morgen in der Nähe ihrer Wohnung von einem Kraftfahrzeug umgefahren und zu Boden geschleudert worden. Beide sind verletzt und in das St. Hadwigskrankenhaus verbracht worden. Auf meine telefonische Anfrage habe ich erfahren, daß das Befinden des Herrn Kollegen Buek verhältnismäßig gut, dagegen das des Herrn Kollegen Hebel weniger günstig sei. Ich glaube in Ihrer aller Namen zu sprechen (die Abgeordneten hatten sich erhoben), wenn ich beiden Herren baldige Wiederherstellung und Genesung wünsche.

Die zweite Lesung zum

Statut des Reichsamts des Innern

wird fortgesetzt, und zwar mit der Besprechung der bei der Generaldebatte zurückspringen Resolutionen des Zentrums, der Polen und der Sozialdemokraten, betr. das Vereinsrecht.

Abg. Dr. v. Latzewski (Polen): Der Sprachenparagraph ist ein politisches Ausnahmegericht gegen die Polen. Wir verlangen gleiches Recht für alle und fordern, daß es jedem Bürgern einer bestimmten Nationalität unbenommen bleibt, seine Muttersprache zu gebrauchen, namentlich bei Besprechungen mit Stammesbrüdern. Der Sprachenparagraph muß aufgehoben werden. Von einer freiheitlichen Anwendung des Gesetzes, wie seinerzeit zugesagt war, ist wenigstens uns Polen gegenüber keine Rede. Mit Gewalt kann man ein Land erobern, nicht aber auf die Dauer regieren. (Weiß bei den Polen.)

Abg. Legien (Soz.): Jede schlanke Anwendung des Vereinsrechts soll nach den früheren Zusicherungen des jüngsten Reichsreglers unterbleiben. Die liberalen Parteien hätten, wenn sie die Entwicklung vorausgesehen hätten, dem Sprachenparagraphen sicherlich nicht zugestimmt. Die Polizeibehörde in Essen hat sich eine Abschrift der Mitgliederliste des Transportarbeiterverbandes verschafft und die ihm angehörenden Eisenbahnerarbeiter denunziert. Die Polizeibehörde hat dabei nichts anderes als einen Einbruchdiebstahl begangen. (Hört! Hört!) Die betreffenden Arbeiter wurden entlassen. So steht das liberale Vereinsrecht aus.

Auch die Gewerkschaften sind der Einmischung der Polizei ausgesetzt, da ihre Veranstaltungen als politische angesehen werden. Wir wollen das ganze Überwachungsrecht der Polizei beseitigt wissen. Es wird widerrechtlich angewendet und widerrechtlich von den Gerichten sanktioniert. Es muß auch höchst sorgbar an, daß für die schriftliche Genehmigung einer Versammlung unter freiem Himmel seitens gewisser Polizeibehörden eine Gebühr erhoben wird, da doch im § 7 des Gesetzes steht, daß ein ablehnender Bescheid kostenfrei bleiben soll (Heiterkeit), sonst für eine Genehmigung doch selbstredend auch keine Gebühr erhoben werden darf. Wir verlangen, daß die für politische Vereine gegebenen Bestimmungen auf diejenigen Vereine zu befrachten sind, welche die Erörterung politischer Angelegenheiten in Versammlungen beenden. Heutzutage werden auch alle Sportvereine, die nur lose im Zusammenhang mit der Sozialdemokratie stehen, als politische Vereine bezeichnet, während Turn- und andere Sportvereine der bürgerlichen Parteien unbehelligt bleiben. Ebenso verhält es sich mit den gewerkschaftlichen Organisationen.

Wenn es nach der Polizei ginge, gebe es überhaupt keine unpolitischen Vereine in Deutschland, denn jeder Verein ist gelegentlich gezwungen, zu irgend einer ihm interessierenden Frage in seinem Vereinsorgan Stellung zu nehmen. Auch der Polizeipräsident von Berlin, Herr v. Jagow, hat in diesen Fragen Gutachten abgegeben, von denen man nicht weiß, ob man sich mehr über seine juristische Unkenntnis oder über seinen Mangel an Gewissenhaftigkeit wundern soll. (Vizepräsident Dr. Baasch rügt diesen Ausdruck und erwidert den Redner, sich in seiner Kritik zu mängeln.) In seinem Gutachten über die Zusammenfassung und die Be tötigung der Generalkommission gibt Polizeipräsident von Jagow einen falschen Bericht. Das Gutachten ist zu vergleichen mit einer eidlichen Aussage vor Gericht, und er hätte sich leicht überzeugen können, daß das Gutachten die Unwahrheit enthält. (Glode.) — Vizepräsident Dove: Wollen Sie behaupten, daß der Polizeipräsident unter Eid die Unwahrheit gesagt hat? (Abg. Legien: Es war nur ein Vergleich (Heiterkeit).) An den Sitzungen des Aktionsausschusses hat die Generalkommission niemals teilgenommen, wie in dem Gutachten behauptet wird, und dieses Gutachten wird dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts zugrunde gelegt, um die Gewerkschaften zu politischen Vereinen zu stempeln und ihnen die Mitgliedschaft der Jugendlichen zu entziehen. Wie das Reichsvereinsrecht gehandhabt wird, das ist Rechtsbeugung. Es ist Zeit, gut zu machen, was an unserer Arbeiterbewegung und an unseren Jugendlichen gesündigt wird. Auch für Deutschland wird die Zeit kommen, wo das wahre Recht an die Stelle der Rechtsbeugung treten wird. (Weiß bei den Soz.) Abg. Marx (Zentrum): Es ist höchste Zeit, an eine freiheitlichere Änderung des Reichsvereinsgesetzes heranzutreten. Auch gegen die christlichen Gewerkschaften und katholischen Vereine ist zeitweilig von den Polizeibehörden zu Unrecht

vorgegangen worden. Höchstbedauerlich ist es, daß von freifinniger Seite, wie Dr. Pothoff in der „Sozialen Praxis“ getan, erklärt wird, daß Berufsvereine politische Vereine seien. Dadurch werden ja den Polizeibehörden Waffen gegen diese Vereine in die Hand gegeben. Wir verlangen vor allem die Aufhebung des sogenannten Sprachenparagraphen.

Recht und Gerechtigkeit erfordern, daß das Verbot des Gebrauchs einer nichtdeutschen Sprache in öffentlichen Versammlungen beseitigt wird.

Ich erinnere nur an das Verbot gegenüber dem Nordpolnischen Ammunden, seinen Vortrag in Deutschland in dänischer Sprache halten zu dürfen. Daß die Polen sich nicht heimisch in Deutschland und als gleichberechtigte Bürger fühlen, daran trägt zum großen Teil das Vorgehen der Polizeibehörden, auch gegen gerechte Bestrebungen der Polen, die Schuld. Das Verbot der Teilnahme jugendlicher Personen an politischen Vereinen und Versammlungen muß beseitigt werden. Selbst der jehige Reichsanzler hat als Staatssekretär die politische Schulung der Jugendlichen zur Bekämpfung der destruktiven Tendenzen der Sozialdemokratie empfohlen. Eine Einschränkung der bisherigen Praxis der Polizeibehörden ist dringend notwendig. Ferner muß die Ausübung des Versammlungsrechts gegen Verordnungen durch Polizeiorgane über die Polizeistunde hinaus geschüttet werden. Auch den Beamten muß das Recht gegeben werden, sich in wirtschaftlichen Vereinen zusammenzuschließen.

Das Vorgehen gegen die Berliner Schuhleute war rigoros. Es ist Zeit, endlich an eine dauernde Besserung des Reichsvereinsgesetzes heranzugehen. (Beifall im Zentrum.)

Ministerialdirektor Dr. Lewald: Wie bei fast allen Reichstagsgesetzen, so liegt auch bei dem Reichsvereinsgesetz die Ausführung in den Händen der Einzelstaaten. Es gibt keine Reichsbeamten, die mit der Ausführung direkt etwas zu tun haben. Ebenso ist auch die Reichsleitung nicht in der Lage, einzutreten. (Unruhe und Widerspruch links.) Sie werden zugeben, daß die Behörden von dem Willen und dem Wunsche getragen sind, das Vereinsgesetz frei von Schikanen durchzuführen. (Lachen bei den Soz.) Es ist recht bezeichnend, daß die ganze Debatte sich nicht, wie früher, gegen die Auslegung der Maßnahmen der Exekutive bezieht (Lachen links), sondern lediglich gegen die Auslegung durch die Gerichte.

Heute besteht keine Neigung zur Einbringung einer Novelle zum Vereinsgesetz.

(Hört! Hört!) Verwahrung muß ich einlegen gegen die Behauptung des Abgeordneten Jagowksi, das Oberverwaltungsgericht habe einen Rechtsbruch vorgenommen. Die Gerichte begeben keinen Rechtsbruch. (Schallendes Gelächter links; Bravos! rechts.) Was den Sprachenparagraphen angeht, so will ich nur auf den Fall Ammunden eingehen. Flensburg ist eine durch und durch deutsche Stadt. Man wollte nur eine dänische Heerschau abhalten.

Ammunden selbst hat sich gar nicht beschwert, er wollte nur Geld verdienen zu weiteren Forschungsreisen. Er stand der ganzen Sache fern. Schließlich hat der Minister des Innern die Entscheidung des Regierungspräsidenten zugedrängt. (Unruhe links.) Entweder beschweren Sie sich, wenn eine Entscheidung nicht zugedrängt ist, oder wie jetzt, daß die Entscheidung zugedrängt ist. (Sehr gut! rechts.) Bei der Frage, was politische Vereine sind, entscheidet nicht, was in den Sätzen steht, da kann alles Mögliche drin stehen, sondern was ein Verein tut und will. Es ist ganz gut denkbar, daß ein landwirtschaftlicher Verein politische Bestrebungen verfolgt, dann fällt er unter das Reichsvereinsgesetz. Daselbe gilt auch von anderen Vereinen: Turn-, Gesang-, Enthaltsamkeitsvereinen usw. (Heiterkeit.)

Außer der sozialdemokratischen gibt es nur eine deutsche

Zukunft, die auf nationalem Boden steht, und sich im einzelnen von politischen Bestrebungen fern hält. (Lachen und Widerspruch bei den Soz.) Abgeordneter Regien hat nicht gesagt, wer die Gutachten der Polizeibehörde angefertigt hat. Zu behaupten, der Polizeipräsident Dr. v. Jagow habe bewußt die Unwahrheit berichtet, dazu würde mir der Mut fehlen. (Bravos! rechts.) Bebel hat gesagt, die Gewerkschaften hätten die proletarische Massenbewegung zu leiten. Welcher Unterschied besteht da zur sozialdemokratischen Organisation? Was das Verbot der Koalition der Berliner Schuhmannschaft betrifft, so muß der Disziplinarbehörde das Recht vorbehalten werden, einen solchen Verein zu verbieten, gerade wie ein Bischof eine Vereinigung von Klerikern verbieten darf. (Sehr gut! rechts.)

Auch der Polizeipräsident von London hat ein gleiches

Verbot erlassen

und den Beifall der englischen Presse gefunden.

Abg. v. Welt (lons.): Wir sind überzeugt, daß das Reichsvereinsgesetz richtig angewendet wird. Gegen die sozialdemokratische Jugendbewegung muß mit aller Kraft eingeschritten werden. Wir lehnen alle Abänderungsanträge ab.

Abg. Martin (Reichsdp.): Daß die Befürchtungen der Polizeibehörde bezüglich der Ausführung des Reichsvereinsgesetzes zu groß seien, kann ich nicht anerkennen. Den polnischen Antrag lehnen wir ab. Wir wollen die Autorität schützen und nicht schwächen.

Darauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr fortgesetzt. — Schluss gegen 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

Staaten-Debattdbericht des „Wiesbadener Tagblatts“.

§ Berlin, 4. Februar.

Um Ministerialische Justizminister Dr. Befeler.
Präsident Graf von Schwerin-Löwitz eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Die zweite Beratung des Etats

wird fortgesetzt, und zwar bei dem Justizrat.

Bei den Einräumen weiß Abg. Bartscher (litz.) darauf hin, daß die Stempelabgaben, die bei Grundstücksverkauf erhoben werden, ungößtlich hoch sind.

Die Verzinsungssteuer

begegnet dem schärfsten Widerspruch, weil der Grundbesitz dadurch sehr belastet wird. Wir haben den Wunsch, daß das preußische Stempelsteuergesetz einer gründlichen Revision unterzogen wird.

Abg. Mathis (natl.) wünscht, daß die Gebühren für die Prüfung der Baubeamten auf die Staatskasse übernommen werden.

Ein Regierungskommissar erwidert, diese Gebühren seien so geringfügig, daß sie gar nicht ins Gewicht fallen.

Abg. Bartscher (natl.): Im Interesse der Gläubiger von zweiten und dritten Hypotheken, die bei der Zwangsversteigerung das Grundstück erwerben müssen, sollte bei der Berechnung der Kosten nicht der volle Wert des Grundstücks, sondern höchstens zwei Drittel des Wertes zugrunde gelegt werden.

Abg. Bartscher (freifons.): Durch die Gefängnisarbeit dürfen die kleinen Gewerbetreibenden nicht geschädigt werden. Man sollte die Gefangenen mehr zur Lendarbeit heranziehen.

Abg. Dr. Schmitt-Düsseldorf (litz.): Auch wir wünschen, daß der freien Arbeit durch die Gefangenen keine Konkurrenz gemacht werde.

In Wirklichkeit ist diese Konkurrenz nicht so groß, denn ein erheblicher Teil der Gefangenen ist gar nicht voll arbeitsfähig.

Abg. Voßly (natl.): Vielleicht empfiehlt es sich, die Gefängnisarbeit an den Weißbietenden zu vergeben. Wenn auch dieses Mittel nicht helfen werde, so müßte man annehmen, daß die Klagen des gewerblichen Mittelstandes unbegründet sind.

Abg. Sommer (lons.): Durch die Gefängnisarbeit wird dem freien Gewerbe doch eine größere Konkurrenz gemacht, als der Abg. Dr. Schmitt annimmt. Vor allem ist die Fortdauer zu stellen, daß in den Gefängnissen und Justizhöfen keine Maschinen aufgestellt werden, sondern alles durch Handarbeit hergestellt wird.

Justizminister Dr. Befeler: Die Gefangenen unserer Gefängnisse werden mit angemessener Arbeit beschäftigt, und es ist auch notwendig, daß die Arbeiter in den Gefängnissen angemessen entzöglicht werden, damit eine Schädigung der freien Arbeit möglichst verhindert wird.

Abg. Wenzel (fortschr. lpt.): Begründet seinen Antrag auf Vorlegung einer Denkschrift, die über den jehigen Stand der Gefängnisarbeit, insbesondere über den Umfang und die Art der Beschäftigung, über die dafür gezahlten Löhne und über die Tätigkeit der für die einzelnen Provinzen eingesetzten Beiräte Aufschluß gibt. Redner wünscht, daß die Konkurrenz der Gefängnisarbeit gegenüber dem freien Gewerbe möglichst eingeschränkt wird, wenn sie auch nicht vollständig beseitigt werden kann.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Auch wir wünschen, daß bei der Beschäftigung der Gefangenen Rücksicht auf das freie Handwerk genommen wird. Die Mittel der modernen Technik, Maschinen usw. sollen auch bei der Gefängnisarbeit angewendet werden.

Darauf wird die Debatte geschlossen. — Der Antrag auf Vorlegung einer Denkschrift über die Gefängnisarbeit wird angenommen.

Bei den Aussagen, Titel

„Ministergehalt“

führt Abg. Itschert (litz.) aus: Für eine gute Rechtspflege ist vor allem eine möglichst gute Ausbildung und möglichst unabhängige Stellung der richterlichen Beamten notwendig. Die Ausbildungskurse für Referendare haben sich gut bewährt, ebenso wie die neue Prüfungsordnung. Das Ergebnis der großen Staatsprüfung ist in den letzten Jahren erheblich ungünstiger geworden, wohl deshalb, weil man jetzt schärfer vorgeht. Die Referendare sollen angehalten werden, ohne Rücksicht auf gesellschaftliche, religiöse und politische Richtungen zu urteilen. Wir sind damit einverstanden, daß die Assessoren ein Recht auf Anstellung nicht haben, aber das Examen soll ihnen die Universität auf Anstellung geben. Das Examen soll nicht zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückt werden. Mit der Aufhebung sollte möglichst milde verfahren werden. Die Richter sollen in politischer und religiöser Beziehung nichts unternehmen, was mit ihrem Amt nicht in Einklang steht. Eine gewisse Bevorzugung der Prädikationsassessoren billigen wir, aber man darf in dieser Beziehung nicht zu weit gehen. Was den

Fall des Amtsrichters Knittel

betrifft, so liegt mit jede Ausbeutung des Falles nach der persönlichen Seite hin fern. Der Vorsitzende soll bei der Verhöldigung des Urteils sachlich verfahren und den Angeklagten nicht verleben. Gegen diesen Grundfaß wurde aber von dem Vorsitzenden im Prozeß Knittel mehrfach verstoßen. Er hat weder die Würde des Gerichts noch seine eigene Würde gewahrt (Sehr richtig! im Zentrum), indem er u. a. erläßt hat, Knittel habe die Offiziere in der unflätigsten Weise beschimpft und in gemeinster Weise beleidigt; ferner hat der Vorsitzende gesagt, die Eingaben Knittels seien gehäuft gewesen und es sei ihm gelungen, das Gericht irregulär zu führen. Daß der Vorsitzende den Grundfaß der Sachlichkeit hat vermissen lassen, ist von der gesamten Presse aller Parteien anerkannt worden. Ich bitte den Minister wiederholt, die Richter erneut auf ihre Pflicht zur Beachtung der größten Objektivität hinzuweisen. Der Fall Knittel hat bewiesen, daß es bei uns keine Klassenjustiz gibt und

dass ein Richter bei Gericht nicht besser behandelt wird,

wie jeder andere.

Zur Ausübung einer guten Rechtspflege gehört auch, daß der Richter nicht weifrend ist. Erfreulicherweise wird der Vorwurf der Weltzerrindheit den Richtern heute nicht mehr so vielfach gemacht wie früher. Mit einem schärferen Vorgehen gegen

die Verbreitung unzulässiger Postkarten

finden wir durchaus einverstanden. Durch derartige sogen. Kunstergebnisse wird die Sittlichkeit in unserem Volke noch weiter untergraben. Sachverständige sollte man hierbei nur im äußersten Maße heranziehen. Der Richter muß selbst entscheiden, was sittlich und was unsittlich ist. Der Schriftsteller Kerr ist auf Grund der Gutachten von Sachverständigen von der Anklage, unzulässige Gedichte veröffentlicht zu haben, freigesprochen worden, obgleich die Unzulässigkeit der Gedichte offenkundig war. Aufmerksam möchte ich noch machen auf den verderblichen Einfluß gewisser Detektivinstitute, die man als Ausleseanstalten für Schreiber bezeichnen kann. Seien derartige Institute nun energisch vorzugehen werden. (Beifall im Zentrum.)

Justizminister Dr. Befeler: Über die Gründe, die bei der Anstellung von Assessoren maßgebend sind, habe ich mich bereits wiederholt ausgesprochen. Dass dabei ein gutes Examen eine Rolle spielt, ist natürlich. Eine gewisse Auswahl muss getroffen werden. In erster Linie ist für die Anstellung das Staatsinteresse maßgebend. In diesem Sinne wird entschieden, ob der Anwärter für die betreffende Stelle geeignet ist. Wir streben darin, daß keinem eine Unbilligkeit widerfährt. Wir halten es für unsere Pflicht, denjenigen, die wir für die Anstellung nicht geeignet halten, davon Mitteilung zu machen.

Ich gebe anstandlos zu, daß der Vorsitzende im Knittel-Prozeß der Form nach erheblich gezeigt hat;

dem Verlangen des Vorsitzenden aber, eine allgemeine Ver-

fügung an die Gerichtsvorstände zu erlassen, kann ich nicht entsprechen. Ich habe das Vertrauen zu Ihnen, daß sie einer solchen Rechnung, die eine Kränkung für Sie bedeuten würde, nicht bedürfen.

Abg. Voßly (natl.): Wir haben zu unseren Richtern das Vertrauen, daß sie objektiv urteilen. Wir erwarten, daß bei der Strafrechtsreform die Unabhängigkeit der Richter in noch höherem Maße gewahrt wird, als dies jetzt der Fall ist. Auch den Staatsanwälten muß eine größere Selbständigkeit und Unabhängigkeit gegeben werden.

Abg. Grundmann (lons.): Die große Vermehrung des Personals ist begründet durch die gewaltige Geschäftszunahme. Die Richter sind mit Geschäften nicht zu überbürden, damit ihre Arbeitsfreude nicht beeinträchtigt wird. Der Antrag zur Justiz ist noch immer sehr groß, wenngleich eine geringe Abnahme der Zahl der Referendare zu verzeichnen ist. Vor gesetzestextlichen Verbrechen, namentlich vor Sittlichkeitsverbrechen, muß das Publikum unter allen Umständen geschützt werden. Die Strafen für Beleidigungen müssen verschärft werden.

Justizminister Dr. Befeler: Es ist anzuerkennen, daß ein besserer Schutz gegen Beleidigungen erwünscht ist. Die Frage wird den Reichstag bei der Reform des Strafrechts noch beschäftigen. Aber auch nach den jehigen Strafbestimmungen ist eine entsprechende Sühne bei Beleidigungen zu erreichen.

Hierauf wird die Sitzung geschlossen und die Weiterberatung auf Donnerstag 11 Uhr fortgesetzt. Schluss 4½ Uhr.

Letzte Drahtberichte.

Der Regierungswechsel in Elsaß-Lothringen.

Der Ernennung des Grafen v. Röder.

wb. München, 4. Febr. Besieglich der im „Bayer. Kurier“ vom 3. d. M. enthaltenen Zuschrift „Die neuen Männer im Elsaß“ wird der „Correspondenz Hoffmann“ von wohl informierter Seite aus Berlin mitgeteilt, die Ernennung des Grafen v. Röder sei vom Reichsanzler im Einvernehmen mit dem Statthalter von Elsaß-Lothringen erfolgt, weil er für einen besonders hervorragenden Regierungsbeamten gilt. Hofft die gesamte Presse, und zwar gerade die fortschrittlichen Blätter, wie die „Frank. Blg.“, die „Wol. Blg.“ und das „Berl. Tagebl.“, haben seine Tüchtigkeit hervor und betonen, wie vorurteilslos er im Verkehr mit Männern der verschiedenen politischen Richtungen ist. Die alldtante Presse allerdings scheint, wie der Preußensbund, vom Grafen v. Röder nicht sehr erfreut zu sein. Was die Nachfolge des Grafen v. Wedel anbetrifft, ist weder an die Kandidatur eines preußischen Prinzen, noch des Reichsanzlers zu denken.

++ Straßburg, 4. Febr. Wie hier bestimmt verlautet, wird Graf Wedel spätestens sofort nach Ostern, wahrscheinlich aber schon früher, sich zur Kur nach Karlsbad begeben und dann nach Berlin überfiedeln. Ministerialdirektor v. Traut hat um Erhebung von seinem Amt gebeten.

Ein neuer Verwaltungskursus des Kronprinzen.

s. Berlin, 4. Febr. (Eig. Drahtbericht) Wie wir aus guter Quelle hören, soll der Kronprinz gleichzeitig mit seinem Kommando zum Großen Generalstab auch wieder einen Kursus zur Einführung in die verschiedenen Zweige der Verwaltung durchmachen, ähnlich wie er ihn bereits vor einigen Jahren unter der Leitung des Geh. Oberregierungsrates von Hollenbach hahnen durchgemacht hat. Diesmal ist zum Instruktor des Kronprinzen der Freiherr Axel v. von Maibach bestimmt worden. Dieser und sein Bruder, der Nachfolger des Grafen v. Röder in Potsdam, sind Vetter des früheren Landrates v. Grimm, der jetzt als Regierungsrat in Magdeburg sitzt. Der neue Instruktor des Kronprinzen ist als politischer Agitator fast ebenso stark hervorgetreten wie der Held des Weder-Prozesses. Er treitt im Abgeordnetenhaus den Wahlkreis Brandenburg-Mügeln und hat dort auch zum Reichstag kandidiert, unterlag aber dem fortschrittlichen Kandidaten Pfarrer Heyn. Jedenfalls beweist seine Berufung von neuem, daß noch immer andere als extreme-konservative Agrarier ungeeignet sind, kaiserliche und königliche Prinzen in die Politik einzuführen.

Eine Rundverfügung an die Standesämter.

Ein Mittel gegen den Geburtenrückgang.

Berlin, 4. Febr. (Eig. Drahtbericht) In einer Rundverfügung an die Standesämter hat der Minister des Innern angeordnet, daß die Veröffentlichungen über Aufgebote, Verheiratungen und Geburten fortan zu unterbleiben haben oder doch wenigstens beschränkt werden, etwa auf die Veröffentlichung der summae matriklichen Zahlen ohne Namensnennung. Es soll damit nach Möglichkeit verhindert werden, daß an die Adressen der Betreffenden Anpreisungen zur Verhinderung der Volksvermehrung gesandt werden.

Die Afrikareise des Kronprinzen.

Berlin, 4. Febr. (Eig. Drahtbericht) Eine Reise des Kronprinzen nach Deutsch-Ostafrika ist nun mehr, wie die „Germania“ von unternrichteter Seite erfaßt, in bestimmt. Aussicht genommen worden. Der Kronprinz hat bekanntlich das Protektorat über die diesjährige Ausstellung in Dar es Salaam übernommen, was wenigstens mitbestimmt für diese Reise des Kronprinzen sein soll.

Kein Wechsel im Zivilkabinett des Kaisers.

wb. Berlin, 4. Febr. Wie das „Wolffsche Telegraphen-Bureau“ von zuständiger Seite erfährt, ist daß von einer heisigen Zeitung verbreitete Gerücht von einem bevorstehenden Wechsel in der Leitung des geheimen Zivilkabinetts des Kaisers vollständig gegenstandslos.

Ein neuer Gouverneur von Mex.

wh. Mex., 9. Febr. Zum Gouverneur von Mex. ist an Stelle des Generalleutnants v. Oyen der bisherige Kommandeur der 16. Division in Trier, Generalleutnant v. Bindenau, ernannt worden.

Verschlechterung der Beziehungen zwischen Deutschland und Russland?

++ Berlin, 4. Febr. (Sig. Drägerbericht) Der frei-konservativen "Post" wird aus diplomatischen Kreisen mitgeteilt: Das Verhältnis zwischen Deutschland und Russland habe sich verschlechtert. Russlands Hauptgegnerschaft gelte der Türkei und Rostowzow habe sich um die Frage, ob die deutsche Militärmission Russland unangenehm sei, herumgedrückt. Erst später habe er seine Bombe gesiedert, um der Türkei die Erneuerung ihres Heeres zu erschweren. In Berlin habe man den Fehler gemacht, sich das russische Dreinreden nicht energisch zu verbitten, wie das England in der Frage der englischen Marinemission für die Türkei Russland gegenüber tatsächlich getan hat.

Neue Verhandlungen zum Breslauer Arztreit.

wb. Breslau, 4. Febr. Nach den Morgenblättern ist die Ausführung des Beschlusses des Vereins der Breslauer Ärzte vom 30. Januar, daß die Ärzte die private Behandlung von Mitgliedern der dem ersten Verbande angehörenden Krankenkassen ablehnen sollen, bis auf weiteres vertagt, da der Vorsitzende des Leipziger Arztrebundes am Wochenende von neuen Verhandlungen mit dem Vorsitzenden des ersten Krankenkassenverbandes Fraehdorff-Dresden wahrscheinlich unter Mitwirkung des Handelsministeriums beginnt.

Das Petroleummonopol.

++ Berlin, 4. Febr. (Sig. Drägerbericht) Über den Plan eines Petroleummonopols erzählt das "Berl. Tagebl." im Reichstagsamt folgendes: Die Regierung will noch wie vor für die Durchführung des Gesetzes ein. Übermorgen beginnen wieder die Kommissionserhandlungen, und die Regierung wird dort abermals ihren Standpunkt vertreten. Allerdings kann die Regierung der Form, die die Kommission der Betriebsgesellschaft gegeben hat, nicht gustimmen. Die Betriebsgesellschaft würde, so wie die Kommission das will, eine nicht genügende wirtschaftliche Bewegungsfreiheit haben. Was nun die Einwände und Bedenken gegen das Petroleummonopol anbelangt, so glaubt die Regierung, daß sie nicht zutreffen. Es wird da vor allem auf die ausgedehnte Versorgungsfrage hingewiesen und behauptet, daß wir nicht genügend Petroleum aufbringen werden. Diese Ansicht ist durchaus falsch. Die Regierung hat sich durch eine Statistik davon überzeugt, daß dieses sehr wohl möglich ist. Auch davon ist nicht zu denken, daß Amerika, wenn wir das Petroleummonopol einführen werden, Repressalien ausüben wird. Die amerikanische Regierung hat wenigstens nichts Dergartiges verlaufen lassen. Es liegt ja auch gar kein Grund dafür vor, da wir Amerikas Interessen nicht schädigen.

Die albanische Anleiheverhandlungen.

++ Berlin, 4. Febr. Prinz Wilhelm zu Wied hatte, wie das "Berl. Tagebl." erfährt, im Auswärtigen Amt eine längere Konferenz. Wie das Blatt weiter hört, nehmen die Verhandlungen über die albanische Anleihe, deren Erledigung eine Bedingung für die Abreise des Prinzen zu Wied nach Durazzo bildet, nur einen sehr langen Fortgang. Namentlich von fran-

zösischer Seite werden diese Verhandlungen immer neue Schwierigkeiten bereiten, wobei die Privilegien der österreich- und italienischen gegründeten Staatsbank eine große Rolle spielen. Es heißt jetzt, daß die Frage der albanischen Anleihe gemeinsam mit der südalbanischen Grenzfrage und der Inselfrage verhandelt werden soll.

Die Bündnisse der Baberner Einwohner.

++ Straßburg, 4. Febr. In den Bündnissen der Baberner Einwohner gegen den Militärfusil (gegen den Oberst v. Reuter auf Schabener) ist den meisten Fliegern von der Baberner Gemeindebehörde das Armenrecht genehmigt worden. Der frühere Beschluß der Baberner Gemeindevertretung, die Kosten der Bündnisfrage auf die Stadtteil zu übernehmen, war bekanntlich von der Amtshauptbehörde beanstandet worden.

Verlauf einer ungarischen Herrschaft des Königs von Bayern.

++ München, 4. Febr. Der König von Bayern hat die ihm als Teil seiner ungarischen Güter gehörende Herrschaft Hainburg in Ungarn verkauft. Käufer der Herrschaft ist ein magyarischer Einflussmann, als dessen Beauftragter der ungarische Abgeordnete Ösff und Graf Spechenyi den Kauf unterzeichneten.

Sur Landung der beiden deutschen Fliegeroffiziere bei Luneville.

wb. Paris, 4. Febr. Gegen einen Meldung aus Nancy, daß die beiden gestern auf französischem Boden gelandeten deutschen Fliegeroffiziere nach Deutschland abgetreten seien, stellt eine Depesche der "Agence Havas" fest, daß sich die beiden Offiziere noch immer in Luneville befinden.

Ein Tagesbefehl über die Ausfahrtungen der russischen Offiziere.

wb. Petersburg, 4. Febr. Ein Tagesbefehl an das Militär erwähnt die jüngst vorgenommenen Ausfahrtungen von Offizieren, die einen Mangel an moralischer Einwirkung und die Sorgfalt seitens der Kommandierenden und der älteren Kameraden erkannt liegen. Der Kaiser wünschte dieser Erziehung die ernste Aufmerksamkeit zu. Er befahl dem Kriegsminister, die strengsten Maßnahmen zu ergreifen, um solche Ausfahrtungen vorzubeugen. Der Kriegsminister seinerseits lenkt die Aufmerksamkeit der Befehlshaber darauf, daß die Mängel in der militärischen Erziehung der Offiziere auf die mangelhafte innere Ordnung in dem betreffenden Truppenteile hinweisen. Befehlshaber seiner Aufgabe nicht gewachsen erscheine.

Beispiel des Kronprinzen von Griechenland in Bukarest.

wb. Bukarest, 4. Febr. Der Kronprinz von Griechenland ist heute mittag hier eingetroffen und auf dem Bahnhof vom Thronfolger, den Ministern und dem griechischen Gesandten empfangen worden. Der Kronprinz begab sich in das Königliche Schloß, wo er Gast des Königs ist.

Die Freigabe der Waffenanschuhr nach Regis.

wb. New Orleans, 4. Febr. Nachdem die Verordnung, die den Waffenhandel in Regis freigibt, veröffentlicht worden war, erfuhr man, daß hier und in den Nachbarstädten 14 000 Gewehre, 15 Millionen Patronen, 60 Revolvern und 4 Maschinengewehre lagerten, um nach Regis für die Rebellen durchgeschmuggelt zu werden.

—, Nordd. Lloyd 121%, Phoenix 246% a 1/2 a 1/2, Edison 247% a 1/2 a 1/2, Deutsch-Übersee 177% a 178%.

Berliner Nachbörse.

§ Berlin, 4. Febr. (Per Ultimo.) Die Nachbörse verkehrte im allgemeinen in fester Haltung. Canadas stiegen auf englische Käufe. Schiffahrtsaktien schwächten sich etwas ab. Industriewerte des Kassamarktes vorwiegend fest.

Kreditaktien	208%	Kanada	222%	Rhein. Stahlw.	166%
Hand.-Gesell.	165%	Orientbahn	108%	Rombacher	163%
Commerzbank	111%	Meridional	108%	Paketdicht.	141%
Darmstäd. Bank	123%	Pennsylvania	—	Hamburg-Sudan	180%
Deutsche Bank	259	Henri	159%	Hansa-Dampfsc.	286%
Disk.-Kommand.	185%	Russ. (1902)	92%	Lloyd	121%
Dresdner Bank	158%	Turkenpost	170%	Dynamit-Trust	—
Nationalbank	120%	Asmet-Friede	172%	Nagtha-Nobel	415%
Schaffhausen	108%	Boschumer	225%	Allg. Elektrizität	247%
Per. Int. Händl.	214%	Luxemburger	145%	D. Ueberseefl.	179%
Lüb.-Büchener	—	Oesterr. Kirchen	133%	Siemens	221%
Schiffsbahn	—	Harpener	185%	Ges. f. elektr.	152%
Lombarden	22%	Hohenlohewerk.	126%	Ges. f. Untern.	169%
Anatolier	—	Lemahieh	184%	Soest-Westaf.	123%
Baltimore	98%	Phoenix	246%	—	—

Industrie und Handel.

* Neuregelung der Gebühren für Börsengeschäfte. Vorgestern fand im Börsengebäude eine Sitzung statt, zu welcher auf Veranlassung des Vereins für Interessen der Fondsbörse und der Stempelvereinigung die größeren am Effektenmarkt beteiligten Privatbanken des Berliner Platzes sich eingefunden hatten. Zur Beratung gelangten Festlegungen von Mindeststufen der Effekten-Provisionen, die von einer Anzahl von Vertrauensleuten der Privatbankiers gemeinschaftlich mit der Stempelvereinigung ausgearbeitet worden waren. Die sämtlichen Anwesenden erklärten sich grundsätzlich mit der vorgeschlagenen Regelung, die sie als im Interesse des Platzes dringend wünschenswert bezeichneten, einverstanden. Zur Abfassung einiger Zusätze und Ergänzungen der Prolongations-Bedingungen wurde eine bereits vorhandene Kommission um einige Mitglieder verstärkt.

* Preismäßigung für Hufnagelkonvention hat ihre Preise mit sofortiger Gültigkeit durch Erhöhung der Rabatte um durchschnittlich fünf Prozent ermäßigt.

* Zentral-Verkaufskontor von Hintermäuerungssteinen. Am 28. Februar findet in Berlin die ordentliche und daran anschließend eine außerordentliche Generalversammlung statt, in der über die Auflösung der Gesellschaft Beschuß gefaßt werden soll.

* Preismäßigung für Jutewaren. Der Juteverband ermäßigte die Preise für Hessians um sieben Zehntel Pfennige, für Hessians 330 um einen Pfennig und für Tarpaulins, Sackings und Baggings ebenfalls um einen Pfennig. C-Garne um zweieinhalb, alle übrigen Garne um dreieinhalb Mark.

Handelsregister Wiesbaden.

In das Handelsregister Abteilung B ist unter Nr. 262 bei der Firma Wiesbadener Lichtspieltheater-Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit dem Sitz in Wiesbaden folgendes eingetragen worden: Durch Beschuß der Generalversammlung vom 14. Januar 1914 ist der Gesellschaftsvertrag geändert: 1. das Stammkapital der Gesellschaft ist um 40 000 Mark erhöht worden; es beträgt jetzt 60 000 M. Die Gesellschaftsrechtsanwalt Biesenbach, die Kaufleute Walter Fehner, Heinrich Glücklich und Hermann Kresser, sämtlich in

Eine Seefahrt des Luftschiffes "Sachsen".

wb. Delgoland, 4. Febr. Das Luftschiff "Sachsen" überflog heute nachmittag die Hafenanlagen, umkreiste die Insel, flog über die Dünen, zu dem dahinterliegenden Gelände, und verschwand dann in dichtem Nebel. Das Luftschiff führte die Reichsdienstflagge.

wb. Karlsruhe, 4. Febr. Die Besserung im Beinden der erkrankten Prinzessin Wilhelm von Württemberg hält an.

Aus unserem Leserkreise.

(Nicht verwendbare Einleger können weder zurückgefordert, noch aufrechnet werden.)

* Der "Spiritus rector" der letzten Oktosfranten-Lassenwahlen war das Zentrum, der prominenteste Vorsteher der katholische Arbeiterschaft. Noch zur rechten Zeit gingen den Überzeugen die Augen auf, und die Zentrumsbewegung schwand. Im Stadtparlament tritt "Schwarz" für die katholische Minorität ein, d. h. für die eigene. Über in der Stadtzeitung will es der Widerstand den gebürgerten Anteil am Vorstift nicht auftreten lassen, weil ancheinend "Schwarz" zum Kämpfer ist es, der die gefährliche Unruhe fühlte und dies nur deshalb nicht gern, weil die Kämpfer nicht gewählt werden konnte. (Siehe hierauf dieses Kapitel, das uns nun hinreichend genau hier erörtert zu sein scheint. Red.)

Briefkasten.

(Die Schriftleitung des Wiesbadener Tagblatts beantragt zur förmlichen Anträge in Großstil, und zwar über Staatsverbindlichkeit. Verhandlungen können nicht erlaubt werden.)

R. R. 100. Es kommt darauf an, welche Art und welche Umfang die Gebäude sind. Wie empfehlen Ihnen, sich an die Baupolizei (Polizeidirektion, Baedirektion) zu wenden.

R. R. Auch eine mit Tintenstift gefüllte Unterschrift hat Gültigkeit.

J. R. Der wissenschaftliche Ausdruck für Giftoffekte, die durch Verfugung im tierischen Gewebe entstehen, ist Giftoffekte.

Wetterberichte.

Beobachtungen in Wiesbaden

von der Wetterstation des Nasa, Verein für Naturkunde.

8. Februar	7 Uhr morgens	2 Uhr nachmittags	9 Uhr abends	Mittel.
Barometer auf 0° und Normal schwere	70.0	70.5	70.9	70.2
Barometer auf dem Meeresspiegel	77.8	77.8	77.4	77.1
Thermometer (Celsius)	60	20	62	12
Dunstspannung (mm)	3.0	3.9	3.8	3.8
Relative Feuchtigkeit (%)	85	75	85	80.3
Wind-Richtung und -Stärke	NO 1	NO 2	NO 1	—
Niederschlagshöhe (mm)	—	—	—	—
Höchste Temperatur (Celsius) 2.5	—	—	—	Niedrigste Temperatur -5.4

Reklamen.

Ein um das Wohl seiner Gäste besorgter Hausherr läßt nach dem Diner nur Kaffee-Hag servieren. Dieser coffeefreie und veredelte Bohnenkaffee schmeckt und bekommt am besten.

Wiesbaden wohnhaft, haben als Sacheinlage das von ihnen erworbene Kinophon-Theater zu Wiesbaden zum festgesetzten Werte von 40 000 M., von denen je 10 000 M. auf die neuen Stammesinlagen jeder der genannten Gesellschafter angerechnet werden, in die Gesellschaft eingebaut. 2. Gegenstand des Unternehmens ist nunmehr: der Betrieb und die Verwertung des z. Zt. in der Wilhelmstraße 8 belegenen Biophon-Theaters und des in der Taunusstraße 1 belegenen Kinephon-Theaters, ferner der Ankauf, der Betrieb und die Verwertung anderer in Wiesbaden geführter oder zu errichtender kinematographischer Unternehmungen sowie aller damit verbundenen Geschäfte mit Ausnahme der Bankgeschäfte.

In das Handelsregister A Nr. 984 wurde bei der Firma "Anton Busch" mit dem Sitz in Wiesbaden eingetragen: Die Prokura des Georg Christoph Dittmar zu Kreuznach ist erloschen.

Konkurs-Nachrichten

aus den O.-L.-G.-Bez. Darmstadt, Frankfurt a. M., Kassel:

Name (Firma)	Wohnort (Amtsgericht)	Konkurs- verwalter	Zeit- punkt	Zeit- punkt	Zeit- punkt
Baeksteinmacher Johanns. Wammer	Erfelden (Gross-Gerau)	Kaufm. Her- mann Neuffer	St. 1. 10.	2. 15.	2. 18. 2.
Schuhmacher und Ge- schäftsführer K. Müller	Baasdorf (Kirchen)	—	—	—	—
Bäcker	Wolfsbach (Bensheim)	—	—	—	Vergleichstermin 4. 2.
Wilhelm Georg Stamm	Gau- Bieckheim (Wölzheim)	—	—	—	—
Kfm. Moritz Berger, Kfm. Hermann Berger, Fa. Barth. Berger II.	Wiesbaden (Wiesbaden)	Berliner Karl Brodt	St. 1. 10.	2. 21.	2. 21. 2.
Bildhauer Ludwig Schulte	Wolfsbach (Bensheim)	—	—	—	Vergleichstermin 11. 2.
Bäcker Ferdinand G. Stamm	Obbendorf (Hungen)	Ferdinand Philipp	St. 1. 10.	2. 4. 5.	4. 5. 3.
Landwirt Ferdinand Fritz, verst.	Roth, Pro				

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Tagblatt-Haus

Städter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Fernruf:

"Tagblatt-Haus" Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntag.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 20 Pf. monatlich, Nr. 2 - vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Bringerohn. Nr. 3 - vierteljährlich durch alle deutschen Postanstalten, anstehende Briefporto. - Bezugs-Bestellungen nehmen ausserdem entgegen: in Wiesbaden die Kreisliche Bür- mündung 20, sowie die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Biebrich: die dortigen Aus- gabestellen und in den benachbarten Dörfern und im Ahringau die betreffenden Tagblatt-Träger.

Anzeigen-Annahme: Für die Abend-Ausg. bis 12 Uhr. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin-Wilmersdorf, Günzelstr. 66, Fernruf: Amt Umland 450 u. 451. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorstehendes Anträge. Für die Morgen-Ausg. bis 5 Uhr nachmittags. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin-Wilmersdorf, Günzelstr. 66, Fernruf: Amt Umland 450 u. 451. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorstehendes

Donnerstag, 5. Februar 1914.

Abend-Ausgabe.

Nr. 60. - 62. Jahrgang.

Das portugiesische Rätsel.

"Volk, Heer und Marine haben soeben die Republik ausgerufen. ... Die erstaunlich grohartige Tatsache, die den Stolz der unbesiegbaren Kräfte bildet, sowie die Auferstehung des Vaterlandes erfüllen mit enthuastischer Freude die Herzen aller Patrioten. ... Es ist nur nötig, daß der Anfang eine Epoche strenger Moralität und unbefleckter Gerechtigkeit bilden, daß alle Portugiesen in harmonischen Grundsätzen sich vereinen." So hieß es in der Proklamation, mit der am 5. Oktober 1910 die Republik Portugal ins Leben trat. Es wäre ein dankbares Stoff für ein Tagblatt, eine Illustration zu jener stolzen Anföndigung auf Grund der gegenwärtigen Zustände in Portugal zu geben. Die harmonischen Grundsätze, in denen sich alle Portugiesen vereinen sollen, haben seitdem einen chronischen Ausdruck in Arbeiterausständen, Militärmutterereien, Bombenwürfen und dergleichen Dingen gefunden, die auch jetzt wieder an der Tagesordnung sind, und an Stelle der verkündeten Auferstehung des Vaterlandes scheint ein Teil der Massen wieder aufzutreten gegen diejenigen, die sie als ihre Befreier begrüßt hatten.

Erfüllt hat sich allerdings ein Wort jener Proklamation, nämlich das von der „unbesiegbaren Kräfte“. Der „Anfang einer Epoche strenger Moralität und unbefleckter Gerechtigkeit“ aber wird drastisch dadurch erläutert, daß der Senator Joao de Freitas den Ministerpräsidenten Alfonso Costa in öffentlicher Parlamentsitzung der allerschlimmsten Korruption und des Missbrauchs der Amtsgewalt zwecks persönlicher Vereicherung beschuldigt hat. Behauptet er doch, daß Costa, der im Rebenberuf noch wie vor Rechtsanwalt ist, und der seinen Partner in der Advocatur zum Generaldirektor des Justizministeriums gemacht hat, eine Anzahl Verfügungen lediglich zu dem Zweck erlassen hat, um seine Alliierten zu begünstigen. Heißt es doch ferner in dem Bericht Freitas, daß der schwerste dieser Fälle dem Schwager Costas, ien er zum Sekretär des obersten Gerichtshofes gemacht hat, etliche Millionen einbringen könne.

Der Ministerpräsident hat auf diese Anklagen damit geantwortet, daß er den Ankläger für verrückt erklärte, aber der Senat hat diesem „Verrückten“ so viel Glauben geschenkt, daß er eine parlamentarische Untersuchungskommission einsetzte, und das dieser vorgelegte Material soll für Costa geradezu vernichtend sein. Der Ministerpräsident hat sich denn auch entschlossen, dem Präsidenten der Republik de Arriaga seine Demission zu überreichen, obwohl er im Kongreß bisher noch über die Mehrheit verfügt hat. Freilich hat Costa früher schon einmal seine Demission gegeben, sich aber später eines anderen besonnen. Auch bisher hat er, wie aus den sehr widersprüchvollen Nachrichten hervorgeht, sein Amt noch keineswegs niedergelegt, aber es ist doch kein Zweifel daran, daß er ausgespielt hat, um so mehr, da er für portugiesische Verhältnisse schon ungewöhnlich lange, nämlich ein Jahr im Amt ist. Dass er sich und seine Angehörigen bereichert hat, wäre vielleicht noch nicht das Entscheidende, denn in den nicht ganz dreieinhalb Jahren der republikanischen Ära in Portugal, der „Epoche strenger Moralität und unbefleckter Gerechtigkeit“, haben die Beutepolitiker, die nicht für die Auferstehung des Vaterlandes, sondern für die Füllung ihres Geldbeutels arbeiteten, eine sehr große und unheilvolle Rolle gespielt. Was aber die Stellung Costas unholzbar gemacht hat, ist der Konflikt, der aus Anlaß der gegen ihn gerichteten Anklagen zwischen der Kammer und dem Senat ausgebrochen ist, die sich durchaus nicht „in harmonischen Grundsätzen vereinen“ wollen.

Nach den neuesten Nachrichten aus Lissabon scheint es denn auch einigermaßen sicher zu sein, daß der aus Brasilien zurückberufene dortige Botschafter Bernardino Machado, der seinerzeit der Gegenkandidat Arriagas bei der Bewerbung um die Präsidentschaft der Republik gewesen war, als Nachfolger Costas in Aussicht genommen ist, und zwar beabsichtigt er, ein sogenanntes Kabinett der Sammlung zu bilden, für das außer der zurzeit herrschenden radikalen Partei in erster Reihe noch die Unionisten in Frage kommen. Dass ihm die Kabinettbildung gelingen wird, kann als einigermaßen wahrscheinlich gelten, schon weil zurzeit kein anderer ausichtsreicher Politiker im Vordergrunde steht. Ob er freilich der Mann sein wird, dem Zustand der chronischen Wirren ein Ende zu bereiten, das steht auf einem anderen Blatte. Zeigen doch die dauernden Aussstände und Aufstände, daß der bloße republikanische Titel die revolutionären Gemüter eben nicht mehr befriedigt. Man hat den Portugiesen so viel verprochen, daß sie aus dem Traum von der Freiheit und Gleichheit erwacht, nicht mehr so leicht zufrieden zu stellen sind. Freilich, wenn die Monarchisten aus diesen Wirren neue Hoffnungen

schöpfen, so dürfte auch das auf eine orge Enttäuschung hinauskommen, denn der Erkönig Manuel hat schon durch seine ruhmlose Flucht gezeigt, daß er nicht von dem Holze ist, aus dem die Präsidenten geschnitten werden. So ist es zurzeit noch völlig ungewiß, welchem Ausgang die Dinge in Portugal entgegentreiben, und ob dieser Schrein ohne Ende über kurz oder lang irgend ein Ende mit Schreden finden wird.

Machado Ministerpräsident.

wb. Lissabon, 4. Febr. Der Präsident der Republik hat Bernardino Machado mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt. Machado hat den Auftrag angenommen.

Die Lage im Lande.

wb. Madrid, 5. Febr. Nach hier vorliegenden Meldungen aus Portugal hat sich die Lage durch die Ankunft Bernardino Machados vorläufig noch nicht verbessert. Im Union-Theater in Lissabon ist es gestern zu einem ausschenerregenden Skandal gekommen. Während der Vorstellung stand plötzlich ein Mann auf und griff unter der Erklärung, ein entlassener Eisenbaharbeiter zu sein, aufs bestigste die Eisenbahngesellschaften und den Ministerpräsidenten Costa an. Es kam zwischen seinen Gefährten und den Anhängern des Ministerpräsidenten zu einer blutigen Schlägerei, bei der auf beiden Seiten eine große Anzahl Personen verletzt wurde. Die Vorstellung mußte sofort abgebrochen werden.

Es bestätigt sich, daß im Norden des Landes monarchistische Unruhen ausgebrochen sind. In Pedregal kam es zwischen Royalisten und Gendarmen zu einem Feuergefecht, wobei 15 Gendarmen Verletzungen erlitten. Die Monarchisten griffen dann verschiedene Gebäude der republikanischen Behörden an und konnten erst nach Ankunft von bedeutenden Verstärkungen aus Pedregal vertrieben werden.

Eine neue Strafenfundgebung.

wb. Lissabon, 4. Febr. Heute abend fand auf Veranlassung Machado Santos eine Strafenfundgebung statt. Eine große Menschenmenge, meist Arbeiter, begab sich unter Vorantritt von Fackeln zum Palast des Präsidenten, um eine allgemeine Amnestie für die politischen Gefangenen und die Wiedereröffnung der Versammlungsorte der Arbeiterorganisationen zu fordern.

Politische Übersicht.

England und Deutschland.

Es ist nur Zufall, aber es trifft sich gut, daß unmittelbar nacheinander Sir Edward Grey und dann bei uns Herr von Tirpitz über die Flottenfrage gesprochen haben. Beide Reden ergänzen einander, aus beiden gewinnt man erneut die freilich schon immer beständige Überzeugung, diesmal aber verstärkt, daß kaum eine Aufgabe der internationalen Politik solche Schwierigkeiten bietet oder je geboten hat, wie die eines 95. Jubiläumsjahr. Was den Auseinandersetzungen des englischen Staatsmannes indessen einen besonderen, von seinen früheren Rundgängen angenehm abweichenden Charakter gibt, das ist, daß er es nunmehr unterlassen hat, immer nur gerade von Deutschland als dem angeblichen Hindernis einer Verständigung über das Flottenproblem zu sprechen. Er erklärte, daß „sehr viele Länder“, also nicht bloß wir, die Rüstungsaufgabe als innerpolitische Angelegenheit betrachten und von Abmachungen nichts wissen wollen. Er dachte dabei und mußte denken an Frankreich und Rußland, an Österreich und Italien, ebenso gut wie an uns. Er gab seinen Ausführungen jedenfalls keine der vormalen bei ihm üblich gewesenen Spuren gegen uns. Er gab im Grunde genommen den Gedanken eines Weltfeiertags preis, und dies ist darum gut, weil ein nicht zu vermeidlicher Vorschlag schließlich nur verbindende und verlebende, wohl auch verbekende Wirkungen haben kann.

Während Sir Edward Grey von einem Abkommen auf der Grundlage von 1810 diesmal nicht sprach, war es der Staatssekretär v. Tirpitz, der in der Budgetkommission des Reichstags erklärte, der Gedanke sei auch heute noch annehmbar. Recht könnte man in London doch wirklich nicht verlangen, und da das britische Kabinett diese Stellungnahme unserer Regierung selbstverständlich kennt, so muß man sich um so mehr darüber wundern, daß immer noch keine positiven Vorschläge gemacht worden sind, was Herr v. Tirpitz mit einem Unterton des Bedauerns feststellte.

Eine interessante Berichtigung.

Eine interessante Selbstberichtigung hat am 3. Februar das Wissenschaftliche Telegraphen-Bureau vorgenommen. Es gab zuerst folgende Mitteilung aus: „Kardinal Kopp hat sich zu einer Verständigung in der Gewerkschaftsfrage zu kommen, mit dem Bischof von Paderborn in direkte Verbindung gesetzt.“ Ein paar Stunden später empfingen die Zeitungen folgende Nachricht, die man auf manchen Redaktionen als fidei iustitiae

Doubllette unbeachtet gelassen hat: „Kardinal Kopp hat sich, um zu einer Verständigung zu kommen, mit dem Bischof von Paderborn in direkte Verbindung gesetzt.“ Wie man sieht, fehlen hier die Worte: „in der Gewerkschaftsfrage“. Im gegenwärtigen Zeitpunkt handelt es sich nicht um die Schließung des Gewerkschaftsstreits, sondern um die Beilegung der Mithilfeklage unter den Bischöfen. Der Gewerkschaftsstreit geht trotzdem weiter, denn von einer Sinnesänderung in Rom ist noch nichts bekannt geworden. Wer aber mag wohl das Wissenschaftliche Bureau auf die Herrigkeit der Worte „in der Gewerkschaftsfrage“ außerordentlich gemacht haben?

Über den Rückzug des Kardinals Kopp schreibt die „Breslauer Zeitung“, welche die Tätigkeit des dortigen Erzbischofs aus nächster Nähe kennt, folgendes: „Es ist nicht seine erste Niederlage, die er zu verzeichnen hat. Man erinnere sich an seinen Rückzug in der Polenfrage in Oberschlesien, an den Beuthener Prozeß, den er niederschlagen mußte, weil die Bedeutung der polnischen Genossen durch seine Geistlichen dort gar zu arg an die Öffentlichkeit trat, und an seinen Versuch, die kirchliche Trauung des damals noch sehr jugendlichen Bischöflichen Konskanty zu verhindern. Er hat an dem streitbaren Bischof Schulz in Paderborn einen ebenbürtigen Gegner gefunden, der keine Schonung kannte, und der genau so rücksichtslos vorging, wie man es sonst an Kardinal Kopp gewohnt ist. Bischof Schulz scheute sich auch nicht, den Streit in voller Öffentlichkeit auszutragen, wobei er freilich nur den Beispiel seines fürbischöflichen Kontrahenten in Breslau folgte. Kardinal Kopp hat glatt die Waffen gezeigt, er hat nichts, aber auch nichts von seinem Anklagebrief gegen den Paderborner Bischof zu retten verucht. Einstweilen also ist das Gefecht durch einen vollständigen Rückzug des Breslauer Kardinals beendet. Was wird nun folgen? Denn Kardinal Kopp hat schließlich seine Ansichten über die christlichen Gewerkschaften, über den „verseuchten Westen“, über seine zu wenig „integren“ bischöflichen Kontrahenten daselbst und über das „gemiethl-konfessionelle“ Zentrum geändert, und schließlich wird er seinem hohen Alter Rechnung tragend, die Streitfrage niederlegen.

Deutsches Reich.

* Hof- und Personal-Nachrichten. Das Befinden der Prinzessin Wilhelm von Baden hat sich gestern wieder verschlechtert.

Der spätere Statthalter der Reichslande. Zu der Mel- dung, daß ein Prinz zum Statthalter der Reichslande nicht in Aussicht genommen ist, erfahren wir, daß dafür die gegenwärtigen Zeitläufte und die Eregung im Elsaß-Lothringen maßgebend sind. Einen Prinzen darf man, wie der technische Ausdruck lautet, nicht zu sehr hinausstellen, darf ihn in bewegten Zeiten nicht mit einem Amt betrauen, in dem er zur Zielscheibe politischer Angriffe gemacht werden kann. Ein Prinz wird Statthalter, sobald die Schwierigkeiten beseitigt und normale Verhältnisse hergestellt sind. Dieser Prinz ist der vierte Sohn des Kaisers, August Wilhelm, der nächstens auf einen Landratsposten berufen werden wird.

* Staatssekretär v. Röder und die Presse. Der neue reichsländische Staatssekretär Graf v. Röder hat sich in einer sehr sympathischen Weise über seine fünfjährigen Beziehungen zur Presse geäußert. Kurz vor seiner Abreise nach Straßburg sprach sich Graf v. Röder der „Tägl. Rundschau“ auf folge zu einem Besuch folgendem Mahn aus: „Es ist mein Wunsch, zur Presse die besten Beziehungen zu unterhalten, da ich ihre Bedeutung voll zu würdigen weiß. Bei mir wird die Presse stets eine offene Tür finden.“ Graf v. Röder wird in 8 bis 14 Tagen wieder nach Potsdam zurückkehren, dort einige Tage verweilen, seinen Haushalt auflösen und dann mit seiner Familie endgültig nach Straßburg übersiedeln. Graf v. Röder war von seiner Ernennung selbst sehr überrascht und hat in den wenigen Stunden zwischen der Ernennung und der Abreise nach Straßburg keine Zeit gefunden, sich von seinen vielen Freunden und Freunden zu verabschieden.

* Das Befinden der beiden verunglückten Reichstagsabgeordneten. Der Zustand der beiden verunglückten Reichstagsabgeordneten Hebel und Pueh hat sich verhältnismäßig rasch gebessert. Auch der am schwersten Verletzte, Pfarrer Hebel, ist nunmehr außer Lebensgefahr.

* Der Senior der deutschen Ärzte †. Gestern nachmittag ist in Berlin in seiner Wohnung der Geh. Sanitätsrat Dr. Friedrich Rörke im 98. Lebensjahr gestorben. Der Verstorbene stammt aus Aschersleben und war ein intimer Freund Birkholz', mit dem er auch die Revolution von 1848 durchlebt hat. Die Berliner Blätter rühmen den Senior der deutschen Ärzte nach, daß er jahrzehntelang seine nie er müdende Arbeitskraft in den Dienst seiner Standes ge- setzt hat.

* Der erste Hofball. Gestern fand der erste diesjährige große Hofball bei dem Kaiserpaar im Weißen Saale und in den anderen Prunkräumen des königlichen Schlosses statt. Beim Ball wechselten Kundiäne mit Lanciers und den „alten Tänzen“. „Reuert à la Reine“, „Gavotte der Kaiserin“, „Alte Française“ und „Prinzengavotte“.

* Der Senior der protestantischen Landeskirche in Bayern, Pfarrer Gustav Baist, ist in Weitheim (Wittelsbacher Land), wo er seit dem Jahre 1888 wirkte, im 91. Lebensjahr gestorben. Für die protestantischen Interessen war er auf allen Gebieten tätig gewesen; u. a. hatte er sich auch als protestantischer Volkschreiber unter dem Pseudonym Fritz Traugott bekannt gemacht, besonders aber auf dem Gebiete des Geschichtswesens und der Biene zu großem Verdienst erworben.

* Eine Erweiterung des Steuerzuschlagsrechts für die Gemeinden. In dem gestern dem Abgeordnetenhaus zugegangenen, in den Hauptrügen bekannten Gesetzentwurf zur Abänderung des Kommunalabgabengesetzes ist eine Erweiterung des Steuerzuschlagsrechts bis zu 150 Prozent für die Gemeinden vorgesehen.

* Deutschland und die Balkanbündnisse. Ein Berliner Telegramm der "Königlichen Zeitung" bezeichnet die Nachrichten über die Balkanbündnisse, insbesondere die Meldung Wiener Blätter über ein Bündnis zwischen Griechenland und Rumänien, denen wahrscheinlich Deutschland nahestände, als Kombinationen. Es sei nichts davon zu merken gewesen, daß Venizelos in Berlin mit dem Kronprinzen von Rumänien und dem rumänischen Gesandten über ein Bündnis verhandelte, ebenso wenig lassen sich hier Anzeichen feststellen, daß Deutschland den Abschluß eines solchen Bundes und den Beitritt dazu befürchtete.

* Eine politische Demonstration? Der "Hannoversche Courier" meldet aus Verden: Am 2. Februar sollte in dem benachbarten Dorfe Walle der Veteran Johann Heinrich Oelsner, Militärmaler von 1866, mit militärischen Ehren beerdigt werden. Dem Trauergzug sollte ein Kanon, den der Herzog von Cumberland gesetzt hatte, voraufgetragen werden. Daraufhin verzweigte sowohl die Kapelle des Verdeners Kavallerie-Regiments ihre Mithilfe, als auch der Kriegerverein das offizielle Trauergesetz. Oelsner, der Mitglied des Kriegervereins war, mußte ohne die üblichen kriegerischen Ehrenbezeugungen beigesetzt werden.

* Verbot des Vortrags eines französischen Redakteurs in Straßburg i. E. Der Auslandsredakteur des Pariser "Temps", Herr Tardieu, sollte, wie bereits schon vor einem viertel Jahre bekannt worden war, auf Veranlassung der "Illustrierten Elsässisch-Lothringischen Rundschau" am nächsten Freitag in Straßburg über das Thema "Die Tripleentente, ihre Vergangenheit und ihre Zukunft" sprechen. Gestern ist nun der Vortrag durch den Bezirkspresidenten des Unterelsas verboten worden. Gründe wurden nicht mitgeteilt. Die "Straßburger Post" schreibt dazu: "Man kann sich die Gründe leicht denken in der Richtung, daß es nicht opportun erscheine, einen ausländischen Politiker wie Herrn Tardieu einen selbstverständlich nicht nur der Sprache, sondern auch der Tendenz nach französischen Vortrag über das genannte Thema, d. h. also über die vom Standpunkt Frankreichs aus wesentlich gegen Deutschland gerichtete Politik des Dreierbandes halten zu lassen, zumal das Stammespublizum dieses Vortrages sich überwiegend aus solchen Kreisen zusammensetzt, die der Tendenz des französischen Redners keine Art von deutschen Gesichtspunkten aus entgegenzusehen vertragen. Es erscheint uns denn die Anwendung der Bestimmungen des Fremdenpolizeigesetzes betreffs lästiger Ausländer in diesem Falle durchaus gerechtfertigt." Dieser offenbar offizielle Begründung des Verbotes wird man allerdings nur beipflichten können.

* Beendigung des Kassen- und Kästekreises in Apslau. Auf Veranlassung des Oberversicherungsamtes wurden zwischen dem Arztekreis und dem Vorstand der Allgemeinen Ordenskassen Einigungsverhandlungen eingeleitet, die einen günstigen Verlauf nahmen. Unter der Sicherstellung, daß am 1. März ein neuer Vertrag abgeschlossen würde, nahmen die Ärzte ihre Tätigkeit wieder auf, nachdem sie drei Tage lang jede ärztliche Leistung für die Kasse abgelehnt hatten.

* Ausstellungskommission und innere Kolonisation. Die Preußische Ausstellungskommission erwarb vom Fürsten von Thurn und Taxis das Dominium Theresienstein mit Neubauwerk und Dominium Margarethenhof mit Sagenhof bei Kronosch. Dazu wird mitgeteilt, daß diese einen größeren Komplex umfassende Herrschaft für die Zwecke der inneren Kolonisation verwendet werden wird. Von Seiten der Ausstellungskommission war eine größere Auswendung von Mitteln für die Zwecke der inneren Kolonisation bereits gelegentlich

der letzten Verhandlungen dem preußischen Abgeordnetenhaus verheissen worden. Für die Herrschaft, die eine Größe von 6000 Hektaren hat, sind 3 Millionen Mark bezahlt worden.

* Zurückziehung der Beleidigungsklagen gegen reichsdeutsche Zeitungen. Die Militärkörde hat die Beleidigungsklagen gegen verschiedene Zeitungen, die behauptet haben, daß Leumund von Forstner die französische Fahne befeindigt habe, Blättermeldungen zu jüngst gezogenen, da 22 Soldaten erklärt, daß Forstner beleidigende Äußerungen über die Fahne getan hat.

Parlamentarisches.

Der Ministerialrat in der Budgetkommission. Aus den Verhandlungen der Budgetkommission über den Ministerialrat, über die wir bereits in der gestrigen Abend-Ausgabe ausführlich berichtet, ist noch folgendes nachzutragen: Über die San-Francisco-Ausstellung gibt der Staatssekretär des Außenr. Togow die Auskunft, daß für die ablehnende Haltung der deutschen Regierung gegenüber der Beschilderung der Ausstellung in San Francisco nicht politische, sondern lediglich wirtschaftliche Gründe maßgebend gewesen seien, insbesondere die ablehnende Haltung unserer Industrie selbst. — Auf eine weitere Anfrage erwidert der Staatssekretär des Außenr. über die Beibehaltung des Mittelmeergefäßwaders kann gegenwärtig noch kein Beschluß gefaßt werden. Sie hängt von der weiteren Entwicklung der politischen Lage ab, die noch nicht zu übersehen ist. — Auf das Atlantische Geschwader geht Staatssekretär von Tippih ein bei Beantwortung einer Frage nach dem Grunde der Entsendung einer Schiffsdivision nach dem Atlantischen Ozean dahin, daß der Hauptgrund die Übung gewesen sei und daß außerdem der Wunsch bestanden habe, den Kolonien Schiffe vorzuführen. Das Geschäft des Staatssekretärs wird darauf bewilligt und die Fortsetzung der Debatte auf Donnerstag verlängert.

Zur Regelung des Verdingungs- und Lieferungswesens. Der 15. Ausschuß des Reichstags zur Regelung des Verdingungs- und Lieferungswesens fügte gestern den in der vorigen Sitzung beschlossenen Bestimmungen über Richtberücksichtigung bei der Gutschlagerteilung nachstehende Vorchrift noch an: "Werwerber, die wiederholt gegen die Bestimmungen des Staaten, Alters, Invaliditäts- und Angestelltenversicherungsgesetzes verstoßen haben, sind nicht zu berücksichtigen." Weiter wurde beschlossen, nach der Ausscheidung der nicht zu berücksichtigenden Angebote soll der Gutschlag in der Regel dem der drei Mindestfordernden erteilt werden, dessen Angebot unter Berücksichtigung aller Umstände als das annehmbarste erachtet werden müsse.

Die Spionagekommission des Reichstags erörterte gestern den Begriff des militärischen Geheimnisses. Von mehreren Seiten wurde verlangt, daß die Definition dieses Begriffes im Gesetz selbst festgelegt werde. Ein Beschluß hierzu wurde noch nicht gefaßt, dagegen fand ein Zentrumsantrag Annahme, der die einschlägigen Bestimmungen des Strafgesetzbuches in den Einsturz hineinarbeiten will.

Die Reichstagskommission für die Errichtung eines Kolonialgerichtshofes erledigte gestern den Rest des Gesetzes in erster Sitzung. Eine Resolution der Volkspartei, baldigst eine Verwaltungsgerichtsorganisation für die Kolonien zu schaffen, wurde nach einer entgegenkommenden Erklärung des Vertreters des Reichskolonialamts angenommen, nachdem der Schlußjahr, diese Gerichtsbarkeit dem Reichskolonialgericht zu übertragen, als noch nicht sprudelnd gestrichen worden war. Vor Eintritt in die zweite Sitzung begründete ein Nationalliberaler einen Antrag auf Einholung eines Gutachtens des Reichsgerichts über die Gefährdung der Staatseinheit beim Verstehen eines besonderen Kolonialgerichtshofs. Der Staatssekretär des Reichsjustizamts ist gegen den Antrag, da es sich nicht um eine Rechtsfrage, sondern um eine Organisationsfrage handle, ebenso der Staatssekretär des Reichskolonialamts. Der nationalliberale Antrag wurde abgelehnt und darauf Verlängerung beschlossen.

Die Bekämpfung der Auswüchse im Haushandel. Der 22. Ausschuß des Reichstags beriet gestern während der ganzen Sitzung den bei der Beratung über den Haushandel eingebrachten und von den Konservativen und Fortschrittern unterstützten Zentrumsantrag zur Bekämpfung der Auswüchse bei Anpreisung und Verlauf von Mitteln zur Verhütung der Empfängnis und von Mitteln zur Abtreibung fort. Zu einer Abstimmung kam es noch nicht.

Erst aufgeführt. Das Drama, dessen Aufführung der Dichter bewohnte, fand einen zunehmend starken Beifall.

Wie eine Berliner Korrespondenz der "A. Tg." mitteilt, sollen die Briefe Bierbaums an seine Eltern verschwunden sein. Die Herausgabe der Briefe war nach dem Tode der Mutter Bierbaums geplant, die vor wenigen Wochen in Berlin gestorben ist. Die Kiste mit den Schriftstücken konnte jedoch nicht aufgefunden werden, und alle Nachforschungen der Brüder Bierbaums, die vermutet hatten, ihre Mutter habe den Nachlass des Dichters an die Schillerschule verlaufen, sind erfolglos geblieben. Auch die Witwe Bierbaums, die in München lebt, ist nicht in dem Verlust der Briefe.

Der in Florenz lebende Dramatiker Augusto Novelli, dessen Stück "Die Kuppel" im vergangenen Jahr in Italien sehr viel geplaudert worden ist, hat ein neues Drama "Das dritte Seil" vollendet. Dieses war der Spitzname für Leopold II., den letzten Großherzog von Toskana. In dem Stück spielen ferner eine Rolle der noch in Wien lebende Erzherzog Ludwig Salvator und Johann Ott.

Zu Paris hatte die "Comédie Française" bei dem Medailleur Henri Bernhes eine Gedenkplatte bestellt, die Tafette bei seinem Abgang überreicht werden sollte. Man hat nun beschlossen, sie der Witwe zu übergeben, und einige der Soziäten sind delegiert, ihr das Kunstwerk im Namen des Hauses zu überreichen, an dessen Spitze ihr Sohn 28 Jahre stand.

Bildende Kunst und Musik. In London wurde im "Coventgarden"-Opernhaus am Montag die erste "Parfisal"-Aufführung gegeben. Die Theaterleitung hat somit so viel Bestellungen für Eintrittskarten erhalten, daß das Theater Personen fassen kann. Die Aufführung begann nach Bayreuther Muster um 5 Uhr, mit einer einstündigen Dinerpause zwischen dem ersten und zweiten Akt. Königin Alexandria, die Prinzessin Victoria, der österreichische, französische und italienische Botschafter und die hervorragendsten Vertreter des künstlerischen und intellektuellen London waren zugegen. Paul Bender gab den Amtstext, Paul Knüpfer den Gurnemanz, Auguste Reich den Klingsor, Frau Eva von der

der Seniorenkonvent des Abgeordnetenhauses unterhielt sich gestern über die Frage der Kontingentierung der Staatsberatung ohne zu einem sicheren positiven Ergebnis zu kommen. Dagegen hat sich die Versammlung bereit gefunden, einer Erweiterung der Sitzungen um $\frac{1}{2}$ bis 1 Stunde zuzustimmen, um den Staat so weit als möglich vor Ostern zu fördern. Übereinstimmung bereichte darüber, daß von einer Verabschaffung des Staats vor Ostern nicht die Rede sein kann und daß man im augetretenen Fall aufzudenken sei müsse, wenn auch nur die zweite Lesung des Budgets vor Ostern zum Abschluß gebracht werde.

Heer und Flotte.

Der Kronprinz im Generalstab. Der Kronprinz hält die Vorlage bei General v. Knobelsdorff und anderen Oberquartiermeistern und wohnt auch sehr oft den Vorläufen bei dem Generalstabsschiff selbst bei. Das Lehrgebiet, in dem der Kronprinz unterwiesen wird, erstreckt sich auf die Truppenausbildung, auf den Truppenaufmarsch im Grinde, auf die Truppenverpflegung, auf das Festungs- und Belagerungswesen und auf die Orientierung über fremde Armeen. Der Kronprinz nimmt auch an einer Reihe militärischer Arbeiten teil, die vom Generalstabsschiff entworfen werden. Bei den diesjährigen großen Manövern wird der Kronprinz einem der Armeeführer zugeteilt werden, um im Felde die im Generalstab erworbenen Kenntnisse praktisch zu vernehmen.

Auszeichnung des Generals Grafen Bismarck von Gaffstädt. Der Kaiser hat dem General der Infanterie g. d. Großen Alexander Bismarck von Gaffstädt, à la suite des 2. Jägerbataillons Nr. 18, den Verdienstorden der Preußischen Krone verliehen.

Weitere militärische Personalien. v. Gauß erweckt. Oberst und kom. d. Gen.-Regts. Prinz Karl von Preußen (2. Brandenburg) Nr. 12 zu d. Offizieren von der Armee unter Veränderung seines Wohnsitzes in Frankfurt a. O. berufen. v. Oben. Gen. d. Inf. u. Gouverneur von Wes. in Genehmigung seines Abschiedsbesuches unter gleichzeitiger Stellung d. 1. s. d. Gen.-Regts. Prinz Karl von Preußen (2. Brandenburg) Nr. 12 m. d. neuf. Gen. a. Dis. gestellt. v. Lindenau. Gen. Lt. und kom. d. 18. Dis. wie gemeldet, zum Gouverneur von Wes. v. Gauß. Gen. Maj. und kom. d. 20. Inf. Regt. unter Veränderung zum Gen. Lt. zum kom. d. 18. Dis. ernannt. v. Herk. v. der Horst. Oberst und kom. d. Inf.-Regts. v. Eich. v. der Goettingen (4. Bf.) Nr. 50. m. d. 18. Dis. v. 20. Inf. Regt. Sonntag. Oberst. v. Stöbe. d. 2. Oberst. Inf.-Regt. v. 21. Inf. Regt. unter Verlegung zum Inf.-Regt. v. Preußen. v. H. v. der Horst. Oberst und kom. d. 20. Inf. Regt. unter Verlegung zum Gen. Lt. zum kom. d. 18. Dis. ernannt. v. Gauß. v. 11. Inf. Regt. v. 22. Inf. Regt. v. 23. Inf. Regt. v. 24. Inf. Regt. v. 25. Inf. Regt. v. 26. Inf. Regt. v. 27. Inf. Regt. v. 28. Inf. Regt. v. 29. Inf. Regt. v. 30. Inf. Regt. v. 31. Inf. Regt. v. 32. Inf. Regt. v. 33. Inf. Regt. v. 34. Inf. Regt. v. 35. Inf. Regt. v. 36. Inf. Regt. v. 37. Inf. Regt. v. 38. Inf. Regt. v. 39. Inf. Regt. v. 40. Inf. Regt. v. 41. Inf. Regt. v. 42. Inf. Regt. v. 43. Inf. Regt. v. 44. Inf. Regt. v. 45. Inf. Regt. v. 46. Inf. Regt. v. 47. Inf. Regt. v. 48. Inf. Regt. v. 49. Inf. Regt. v. 50. Inf. Regt. v. 51. Inf. Regt. v. 52. Inf. Regt. v. 53. Inf. Regt. v. 54. Inf. Regt. v. 55. Inf. Regt. v. 56. Inf. Regt. v. 57. Inf. Regt. v. 58. Inf. Regt. v. 59. Inf. Regt. v. 60. Inf. Regt. v. 61. Inf. Regt. v. 62. Inf. Regt. v. 63. Inf. Regt. v. 64. Inf. Regt. v. 65. Inf. Regt. v. 66. Inf. Regt. v. 67. Inf. Regt. v. 68. Inf. Regt. v. 69. Inf. Regt. v. 70. Inf. Regt. v. 71. Inf. Regt. v. 72. Inf. Regt. v. 73. Inf. Regt. v. 74. Inf. Regt. v. 75. Inf. Regt. v. 76. Inf. Regt. v. 77. Inf. Regt. v. 78. Inf. Regt. v. 79. Inf. Regt. v. 80. Inf. Regt. v. 81. Inf. Regt. v. 82. Inf. Regt. v. 83. Inf. Regt. v. 84. Inf. Regt. v. 85. Inf. Regt. v. 86. Inf. Regt. v. 87. Inf. Regt. v. 88. Inf. Regt. v. 89. Inf. Regt. v. 90. Inf. Regt. v. 91. Inf. Regt. v. 92. Inf. Regt. v. 93. Inf. Regt. v. 94. Inf. Regt. v. 95. Inf. Regt. v. 96. Inf. Regt. v. 97. Inf. Regt. v. 98. Inf. Regt. v. 99. Inf. Regt. v. 100. Inf. Regt. v. 101. Inf. Regt. v. 102. Inf. Regt. v. 103. Inf. Regt. v. 104. Inf. Regt. v. 105. Inf. Regt. v. 106. Inf. Regt. v. 107. Inf. Regt. v. 108. Inf. Regt. v. 109. Inf. Regt. v. 110. Inf. Regt. v. 111. Inf. Regt. v. 112. Inf. Regt. v. 113. Inf. Regt. v. 114. Inf. Regt. v. 115. Inf. Regt. v. 116. Inf. Regt. v. 117. Inf. Regt. v. 118. Inf. Regt. v. 119. Inf. Regt. v. 120. Inf. Regt. v. 121. Inf. Regt. v. 122. Inf. Regt. v. 123. Inf. Regt. v. 124. Inf. Regt. v. 125. Inf. Regt. v. 126. Inf. Regt. v. 127. Inf. Regt. v. 128. Inf. Regt. v. 129. Inf. Regt. v. 130. Inf. Regt. v. 131. Inf. Regt. v. 132. Inf. Regt. v. 133. Inf. Regt. v. 134. Inf. Regt. v. 135. Inf. Regt. v. 136. Inf. Regt. v. 137. Inf. Regt. v. 138. Inf. Regt. v. 139. Inf. Regt. v. 140. Inf. Regt. v. 141. Inf. Regt. v. 142. Inf. Regt. v. 143. Inf. Regt. v. 144. Inf. Regt. v. 145. Inf. Regt. v. 146. Inf. Regt. v. 147. Inf. Regt. v. 148. Inf. Regt. v. 149. Inf. Regt. v. 150. Inf. Regt. v. 151. Inf. Regt. v. 152. Inf. Regt. v. 153. Inf. Regt. v. 154. Inf. Regt. v. 155. Inf. Regt. v. 156. Inf. Regt. v. 157. Inf. Regt. v. 158. Inf. Regt. v. 159. Inf. Regt. v. 160. Inf. Regt. v. 161. Inf. Regt. v. 162. Inf. Regt. v. 163. Inf. Regt. v. 164. Inf. Regt. v. 165. Inf. Regt. v. 166. Inf. Regt. v. 167. Inf. Regt. v. 168. Inf. Regt. v. 169. Inf. Regt. v. 170. Inf. Regt. v. 171. Inf. Regt. v. 172. Inf. Regt. v. 173. Inf. Regt. v. 174. Inf. Regt. v. 175. Inf. Regt. v. 176. Inf. Regt. v. 177. Inf. Regt. v. 178. Inf. Regt. v. 179. Inf. Regt. v. 180. Inf. Regt. v. 181. Inf. Regt. v. 182. Inf. Regt. v. 183. Inf. Regt. v. 184. Inf. Regt. v. 185. Inf. Regt. v. 186. Inf. Regt. v. 187. Inf. Regt. v. 188. Inf. Regt. v. 189. Inf. Regt. v. 190. Inf. Regt. v. 191. Inf. Regt. v. 192. Inf. Regt. v. 193. Inf. Regt. v. 194. Inf. Regt. v. 195. Inf. Regt. v. 196. Inf. Regt. v. 197. Inf. Regt. v. 198. Inf. Regt. v. 199. Inf. Regt. v. 200. Inf. Regt. v. 201. Inf. Regt. v. 202. Inf. Regt. v. 203. Inf. Regt. v. 204. Inf. Regt. v. 205. Inf. Regt. v. 206. Inf. Regt. v. 207. Inf. Regt. v. 208. Inf. Regt. v. 209. Inf. Regt. v. 210. Inf. Regt. v. 211. Inf. Regt. v. 212. Inf. Regt. v. 213. Inf. Regt. v. 214. Inf. Regt. v. 215. Inf. Regt. v. 216. Inf. Regt. v. 217. Inf. Regt. v. 218. Inf. Regt. v. 219. Inf. Regt. v. 220. Inf. Regt. v. 221. Inf. Regt. v. 222. Inf. Regt. v. 223. Inf. Regt. v. 224. Inf. Regt. v. 225. Inf. Regt. v. 226. Inf. Regt. v. 227. Inf. Regt. v. 228. Inf. Regt. v. 229. Inf. Regt. v. 230. Inf. Regt. v. 231. Inf. Regt. v. 232. Inf. Regt. v. 233. Inf. Regt. v. 234. Inf. Regt. v. 235. Inf. Regt. v. 236. Inf. Regt. v. 237. Inf. Regt. v. 238. Inf. Regt. v. 239. Inf. Regt. v. 240. Inf. Regt. v. 241. Inf. Regt. v. 242. Inf. Regt. v. 243. Inf. Regt. v. 244. Inf. Regt. v. 245. Inf. Regt. v. 246. Inf. Regt. v. 247. Inf. Regt. v. 248. Inf. Regt. v. 249. Inf. Regt. v. 250. Inf. Regt. v. 251. Inf. Regt. v. 252. Inf. Regt. v. 253. Inf. Regt. v. 254. Inf. Regt. v. 255. Inf. Regt. v. 256. Inf. Regt. v. 257. Inf. Regt. v. 258. Inf. Regt. v. 259. Inf. Regt. v. 260. Inf. Regt. v. 261. Inf. Regt. v. 262. Inf. Regt. v. 263. Inf. Regt. v. 264. Inf. Regt. v. 265. Inf. Regt. v

begannen die italienischen liberalen Abgeordneten, die gegen 100 Dringlichkeitsanträge überreicht hatten, um die Erledigung der Haustafelvorlage zu verhindern, mit der schärfsten Obstruktion. Die Sitzung ist bisher ausgefüllt durch stundenlange italienische Dauerraden zur Geschäftsführung. Auf deutscher Seite besteht die Absicht, die Obstruktion in einer einzigen, wenn nötig mehrstündigen Sitzung zu treffen.

England.

Neue Brandstiftungen der Suffragetten. Glasgow, 4. Febr. In dem Schlosse Überthill bei Grifffbrach heute vormittag Feuer aus, das von Anhängern des Frauenstimmrechts angelegt worden sein soll. Der Saal mit kostbaren Gemälden und Möbeln ist verichtet worden. Auch ein anderes in dieser Gegend befindenes unbemohntes Landhaus wurde durch eine Feuersbrunst zerstört. In Saint Hillans, Grafschaft Berth, sind wertvolle Möbel in den dem Präsidenten der Antisuffragettenliga gehörenden Häusern verbrannt. Dies ist heute der dritte Anschlag von Anhängern des Frauenstimmrechts in Schottland.

Italien.

Die Kosten der Expansionspolitik. Rom, 4. Febr. Der Bericht über die Ausgaben anlässlich der Besetzung Libyens, der ägyptischen Inseln und der internationalen Ereignisse, der der Kammer vorgelegt worden ist, führt an: Die Ausgaben beliefen sich auf 149 757 564 Lire, davon entfallen 903 891 631 Lire auf die Chrenoffs und Tripolis, 21 857 809 Lire auf die Besetzung der ägyptischen Inseln und 3 251 121 Lire auf Albanien. Etwa 50 Millionen wurden an die Verwaltung der türkischen Staatschuld gemäß dem Vertrag von Lausanne gezahlt.

Tod eines Dreibundfreundes. Rom, 5. Febr. Gestern ist hier der bekannte Publizist Cantalupo gestorben. In ihm verlor der Dreibund einen seiner fähigsten, wärmsten und bedeutendsten Apostel in Italien. Als Leiter des „Corriere de Napoli“ war Cantalupo, der von einer deutschen Mutter stammte, stets bereit, offene und versteckte Angriffe der Dreibundgegner abzuwehren.

Rußland.

Eine militärische Hundertjahrfeier. Petersburg, 4. Febr. Heute begann die zweitägige Gedenkfeier des Leibgarde-Kosaken-Regiments zur Erinnerung der Teilnahme an den Befreiungskriegen gegen Napoleon. An den Kettgräbern wurden Kränze niedergelegt. Zahlreiche Deputationen nehmen an der Feier teil.

Bulgarien.

Von einer Donaubrücke nach Rumänien. Sofia, 4. Febr. (Agence Bulgarie.) Der bulgarische Gesandte in Bukarest Radew, Oberst Nerezow und die Ingenieure Lazarow und Voltschew sind von der bulgarischen Regierung beauftragt worden, mit der rumänischen Kommission an das Studium der Frage der Erbauung einer Donaubrücke zur Verbindung der Eisenbahnen beider Länder zu schreiten.

Türkei

Das Kriegsministerium nach deutschem Muster. Konstantinopel, 5. Febr. Die Einrichtung des türkischen Kriegsministeriums ist nach deutschem Vorbilde erfolgt. Es wurden eine Abteilung für den Krieg mit Oberstleutnant Mahmud Kemal als Chef, ferner Abteilungen für Personalien, Intendantur und Sanitätswesen geschaffen. Der Generalstabchef der Militärmmission v. Strompelli wurde zum türkischen Oberst befördert.

Südamerika.

Ein erfolgreicher Aufschwung in Peru. New York, 5. Febr. Der Präsident von Peru, Guillaume Billinghurst, wurde im Regierungspalast von Lima von revolutionierenden Truppen unter Führung von Oberst Bonavides nach kurzen Kampf gefangen genommen. Der Premier- und Kriegsminister General Barcelo wurde im Verlauf des kurzen Kampfes getötet. Dr. Augusto Durand, ein früherer Rebellenführer, zog darauf in den Regierungspalast ein und wird wahrscheinlich die neue Regierung bilden. Die Bürger, die durch das Schießen in früher Morgenstunde herabgelöst worden waren, wurden von den Soldaten durch blinde Gewehrfalben an Zusammenrottungen verhindert. Eine Zeitlang herrschte große Verwirrung unter der Bevölkerung. Die geschlossenen Läden wurden wieder geöffnet und auch die Straßenbahnen nahmen den Verkehr wieder auf. Anderen Meldungen zufolge wurde General Billinghurst als Gefangener nach Callas geschafft, um von dort außer Landes gebracht zu werden.

Luftfahrt.

Zur Landung der deutschen Offiziersflieger in Luneville.

Die Heimreise der beiden Offiziere.

Paris, 4. Febr. Die Untersuchung der Militärbehörden von Luneville ergab nichts Belastendes für die deutschen Offiziersflieger. Der Kriegsminister gab daraufhin beigefügt einen günstigen Bescheid. Der Minister des Innern übermittelte dem Präfekten des Departements Meurthe-et-Moselle die Institution, dass die Offiziere nach Deutschland zurückkehren könnten. Der abmontierte Apparat wird mit der Bahn zurückgeschafft. — Die beiden Flieger sind heute nachmittag 4 Uhr im Automobil nach der Grenze abgefahren. Sie sind um 6.55 Uhr abends in Deutsch-Alsace eingetroffen und um 7.20 Uhr nach Neufchâteau gereist, wo sie um 9.30 Uhr ankamen.

Die Haltung der französischen Presse.

Paris, 4. Febr. Die französischen Zeitungen erheben keinen Widerspruch gegen die schnelle Erledigung des Falles der beiden Offiziere, die gestern in Croixmire landeten, da-

gegen wird in der Presse allgemein darüber Klage geführt, dass derartige Zwischenfälle immer wieder von deutscher Seite herbeigeführt werden. Selbst der „Figaro“ findet es auffällig, dass deutsche Offiziere sich so schlecht im Grenzgebiet auskennen, dass sie von Saarburg aus nach Südwesten anstatt nach Nordwesten fliegen, ohne es zu merken. — Wie die erzähwürtige „Alliance nationale“ behauptet, soll das Verbot der Abreise der deutschen Offiziere aus Luneville andere Gründe als die angegebenen gehabt haben. Man soll nach den Informationen der genannten Quelle die Offiziere eine Zeitlang unter dem Verdacht der Spionage gehabt haben, da sie sowohl Füllfederhalter wie auch Tinte mit sich führten, von irgendwelchem Schreibpapier aber nichts zu entdecken war. Die Behörde nahm daher an, dass dieses von den Offizieren in der ersten halben Stunde nach ihrer Landung, wo sie allein waren, beseitigt worden ist. Als trotz genauer Untersuchung aber nichts gefunden wurde, mussten die Offiziere freigelassen werden. In Luneville soll diese Freilassung einen ungünstigen Eindruck hervorgerufen haben.

Die Probefahrten des „S. 7“. Friedrichshafen, 4. Febr. Die Probefahrten mit dem Militärluftschiff „S. 7“ sind jetzt abgeschlossen. Die neuen Abgasvorrichtungen für die austströmenden Gase haben sich bewährt. Die Überführung nach Dresden wird demnächst erfolgen.

Ein neuer Passagierflug. Wettolsch. Chartres, 4. Febr. Der Flieger Cozic stellte einen neuen Wettolsch für den Flug mit fünf Passagieren auf, indem er mit ihnen bis zu einer Höhe von 2250 Metern aufstieg.

Tödlicher Absturz eines Fliegerunteroffiziers. München, 4. Febr. Heute vormittag ist ein Unteroffizier des Fliegerbataillons Oberdöbelheim aus 200 Meter auf dem Kasernenhof des Eisenbahnbataillons gestürzt. Er war sofort tot. Das Flugzeug ist zerstört.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Die Bautätigkeit in Wiesbaden. Wie sehr die Bautätigkeit noch in Wiesbaden dämmert, beweist der im Jahre 1913 im Stadtteil Wiesbaden erfolgte Absatz der Wiesbadener Ziegelseite. Es wurden im ganzen 6 150 844 Stück Ziegel abgesetzt, in welcher Summe 114 Millionen Ziegel für den Neubau des Museums enthalten sind. Ohne letzteren Absatz wäre der Verbrauch gegen den im Vorjahr zurückgegangen. In normalen Jahren lehrt die Vereinigung im Stadtbezirk rund 17 Millionen Ziegel ab.

Zur Frage der Errichtung einer Arbeitslosenversicherung nahm Stellung eine gesetzte abend im unteren Rathausaal stattgehabte, gut besuchte, von der hiesigen Ortsgruppe des „Bundes der technisch-industriellen Beamten“ einberufene Versammlung. Der Bundesvorstande Grangau (Stuttgart) hielt ein einleitendes Referat, worin er auf die Notwendigkeit einer Arbeitslosenversicherung hinwies. Es reichte sich eine Befreiung an das Referat, an welcher teilnahmen ein Vertreter der Ortsgruppe Wiesbaden der liberalen Arbeiter, Stadtverordneter Demmer und. Zum Schluss erging die Mahnung an die Anwesenden, mit ganzer Energie für die Errichtung einer Arbeitslosenversicherung nach dem Genter-System tätig zu sein. Der Bund zählt — was nebenbei bemerkt sein mag — heute rund 25 000 Mitglieder.

Wiesbaden am Rhein. Von zuständiger Stelle sind wir zu der Erklärung ermächtigt, dass an der geistigen Veröffentlichung des FC-Correspondenz über die Eingemeindung von Schierstein und den Bau einer Hafenbahn usw. kein wahres Wort ist, dass die tatsächlichen Voraussetzungen unrichtig sind und ebenso auch die Annahme, dass der Herr Oberbürgermeister derartige Mitteilungen nach anderer Seite vor der Stadtverordneten-Versammlung machen werde. — Von Schierstein wird gemeldet, dass bisher Verhandlungen mit der Gemeinde Schierstein weder über die Eingemeindung noch über den Hafenbau gepflogen worden sind. Man nimmt an, dass die Publikationen hierüber bestimmt sind, den Interessen von Grundstücksbesitzern zu dienen, welche ihr Gelände an den Mann bringen wollen. — Wir geben zu vorstehenden beiden Zuschriften nun der FC-Correspondenz aufs neue des Wort.

Kaufmannsgerichtswahlen. Bei der heutigen Arbeitgeberwahl der Bevölkerung für das Kaufmannsgericht entfielen auf die Liste der Wiesbadener Kaufmannsvereine (1.) 191 Stimmen. Die Liste 2 befand nur 19 Stimmen. Nach diesem Ergebnis sind von der Liste 1 27 Bevölker und von der Liste 2 3 Bevölker gewählt. Der Kaufmann L. Jiel ist auf beiden Listen gewählt. Die Wahlbeteiligung war sehr schwach. Von etwa 700 Wahlberechtigten übten nur 210 ihr Wahlrecht aus.

Öffentlicher Tod. Der 50 Jahre alte Kaufmann Karl Leber aus der Bahnhofstraße erlitt gestern abend in der Moritzstraße einen Schlaganfall und starb auf dem Transport zum städtischen Krankenhaus. Herr Leber stammte aus Kieberg, war aber seit seiner Jugend hier tätig und betrieb früher Kolonialwarengeschäfte in der Bleichstraße, bzw. Bahnhofstraße. Auch das in dieser Straße ehemals bestehende ihm gehörende Gastronomie zum „Tannhäuser“ leitete er längere Zeit. Nach seinem Rücktritt von den Geschäften wirkte der nun Verstorbene in verschiedenen öffentlichen Ehrenämtern.

Zum Fall Juncker. Die unter Verdacht stehende Hochbetagten Tante, der Witwe Zimmermann in Cronberg i. T., längere Zeit im Wiesbadener Landgerichtsgefängnishaftierende Robbin Helene Juncker aus Cronberg hat eine Beschwerde gegen das gegen sie geführte Verfahren und ihre Inhaftierung beim preußischen Justizministerium eingereicht, über die jetzt Erhebungen im Range sind. Wie wir weiter hören, soll der Fall Juncker auch im preußischen Landtag zur Sprache gebracht werden.

Befestigungen bei Sterbällen. Vielfach ist Klage darüber geführt worden, dass bei Sterbällen die Blumenlieferanten, Sarglieferanten, Blücher usw. das Haus geradezu stürmen, aber nicht nur darüber, sondern auch, dass Vermittler zwischen Betreiber und Lieferanten sich eindringen, welche zu möglichst hohen Ausgaben veranlassen und später ebenfalls Provisionsansprüche stellen in ganz exorbitanter Höhe. Um diesen Missständen zu steuern, ist seitens unserer Polizei Verwaltung zunächst mit der hier bestehenden Gartnervereinigung ein Übereinkommen getroffen, wonach seit dem 1. d. M. Bestellungen bezüglich der Ausstattung der Trauerhalle nur noch durch städtische Instanzen vermittelt werden. Die beteiligten städtischen Beamten geben ihre Be-

stellungen an eine von den Gartnern bestimmte Zentralstelle auf, und diese verteilt dieselben an alle diejenigen Gartner, welche ihre Bereitwilligkeit zur Übernahme der Dekorationen erklärt haben. Auch über die Preise sind zum Schutz des Publikums feste Vereinbarungen getroffen, und es ist dabei gelungen, den Preis für die untere Dekorationssklasse um 25 Prozent herabzusetzen. Auf die Grabdekorationen haben die Vereinbarungen keinen Bezug.

Hirschjagd. Die Besucher der Hubertushütte im Goldsteinthal hatten gestern nachmittag das seltene Vergnügen, einer Hirschjagd beizuwöhnen. Durch Hunger getrieben, machte sich Meister Reineke das Vergnügen, auf den Wiesen der Hirschjagd obzuliegen, hierbei wurde er von Besuchern der Hubertushütte beobachtet, und der zufällig anwesende Förster Sonnheimer von Sonnenberg sandte ihm auf 200 Meter Entfernung eine Kugel in sein Fell, was ihn nicht hinderte, nachdem die Meute von zwei Hunden und 40 bis 50 Marschjägern ihm auf den Fersen war, sein Haus nach dem nahen Wald zu nehmen. Dort wurde er jedoch bald gestellt und nun mit lautem Hallo eingeholt.

Filmfabrik. Von Interessenten wird beabsichtigt, eine Filmfabrik in Wiesbaden zu errichten, und zwar auf dem neuen Industriegelände nach Dossenheim hin. Die Fabrik soll vor allem die Kinos im Westen Deutschlands versorgen.

Städtische Holzversteigerungen. In letzter Zeit haben zwei größere städtische Holzversteigerungen stattgefunden, zu welchen eine besonders große Zahl von Beflektanten erschienen war und bei welchen dabei Preise erzielt wurden, die über die seitherigen noch um ein Erstklassiges hinausgingen. In beiden Fällen wurde sämliches Holz an den Mann gebracht. Die erste der Versteigerungen fand im Distrikt „Geisberg“, links der Karstraße, statt. Buchen-Scheitholz kam dabei auf 32 bis 37 M. und im Durchschnitt auf 34 M. 50 Pf. Buchen-Knorpelholz auf 28 bis 34 M. und im Durchschnitt auf 29 M. Buchen-Wellen auf 10 bis 22 M. und im Durchschnitt auf 16 M. 50 Pf. das Hundert zu stehen. — Bei der zweiten Versteigerung im Distrikt „Himmelbör“, handelte es sich um 1100 Klafter Holz und 14 000 Wellen. Erzielt wurden: für Buchen-Scheitholz durchschnittlich 29 M. für Knorpelholz 22 M. für Wellen 11 M.

Einen schönen Ausgang. Zu der so beginnenden Notiz in der gestrigen Abend-Ausgabe teilt man und mit, dass darin die Tatsachen verwechselt seien. Nicht der Gartner Ludwig Reinhardt sei der Täter, sondern der Kellner Eduard Rauheim, von dem Reinhardt einen Buckel (einen Marienbogen) gelaufen habe. Nach einem Wortwechsel über dieses Geschäft wurde dabei Reinhardt von Rauheim in eine Fensterscheibe gestoßen und hat sich dabei eine Fußader durchschneiden, eine Verletzung, die wochenlanger ärztlicher Behandlung bedürfen wird.

Feuer. In dem Hause Rothringstraße 26 entstand gestern nachmittag in einer Wohnung ein Brand, dem mehrere Kleidungsstücke zum Opfer fielen. Das Feuer nahm größere Ausdehnung an, als die Leitungskroh zum Gasautomat durchschmolzen und der Gasometer selbst in Brand geriet. Das Feuerwehr löschte den Brand nach kurzer Tätigkeit.

Eindringlichkeitsstahl. Während der Nacht auf heute ist in das Gefäßstal des Beamten-Konsumvereins an der Oranienstraße eingebrochen worden. Den Einbrechern sind etwa 300 M. Wechselschlüssel, verschiedene Schmucke und andere Waren zum Opfer gefallen.

Manufakturenlebstahl. An einem Wehrhaus in der Bleichstraße kam ein Manufakturenlebstahl vor, bei dem einem Ladeninhaber ein größerer Geldbetrag entwendet wurde.

Personen-Nachrichten. Der wissenschaftliche Hilfsarbeiter am Stadtarchiv Rothar Küller wurde zumstellvertretenden Archivar ernannt.

Alte Notizen. Mit der Errichtung der großen Bäderrei des Konsumvereins an der Döbelner Gärtnerei wurde dieses Frühjahr begonnen.

Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

Wiedens-Theater. In vollständig neuer Einrichtung achtet am Samstag und Sonntagabend die künstliche Komödie „Traumulus“ von Arno Holz und Oskar Knebel zur Aufführung. Den Professor Dr. Niemeyer (Traumulus) spielt Joseph Conner als Gast auf Engagement. Sonntagnachmittag wird die lustige Komödie „Schneider Wibbel“ zu höhen Preisen gegeben.

Aurhaus. In dem 10. Ballus-Konzert morgen Freitag leitete Prof. Dr. Hans Pfleider folgende eigenen Kompositionen: Ouvertüre zu „Metis“ (Häubchen) von „Heldkönig“ Witten und Ouvertüre zu „Das Christusstein“. Sommersänger Walter Krichhoff singt: „Waldmönch“ aus „Die Rose vom Webersarne“ von Hans Pfleider, vier Lieder mit Klavierbegleitung von Robert Schumann sowie Walther Breitkopf aus der Oper „Die Meistersinger von Nürnberg“. Konsolidator Karl Schirmer singt zur Aufführung: „Franz Schuberts unvollendete Sinfonie in D-Moll“.

Vortrag. Der Vollschriftzug über den Ruhm des Radinars, der für Freitag angekündigt, muss wegen starker Heißzeit des Radinars um acht Tage verschoben werden. Dafür wird morgen Direktor Dr. Höfer einen Vortragsbericht über Eine Reise um die Welt halten. Der Vortrag findet im Saal der städtischen Oberrealschule (am Heiteng) um 8½ Uhr statt.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

Z. Bierstadt, 4. Febr. In der Sitzung der Gemeindevertreter wurden folgende Beschlüsse gefasst: Die Kostenanschläge bezüglich Ausbesserung und Erneuerung des Wahrdrams in der Schwarzaße und Moritzstraße, sowie Herstellung eines Bausatzes mit Steinplatten in der Kirchstraße, werden genehmigt. Für die Holzabauerei soll in unserem Gemeindewald eine Schutzhütte errichtet werden. Die drei Holzversteigerungen in unserem Gemeindewald werden genehmigt. In bezug auf den § 180 des Reichsverfassungsgesetzes sind die Zahlpersonen, deren Gehalt unter 2000 M. steht, gegen Krankheitsfälle zu versichern. Das Kollegium beschließt, die durch das Gesetz in Frage kommenden Verluste der Betriebe an entlasten zu verhindern. Am Ende einer Krankheit wird denselben der 1½fache Betrag des Rentengeldes ausbezahlt. Das kleinen Betreibern und Lebendrinnen aufsteigende Gehalt soll indessen unverhältnismäßig gesteckt werden. Zu dem vorliegenden neuen Rentengesetz für die Gemeinde Bierstadt wird die Genehmigung erteilt. Es wird auf der Bierstadt eine Liste aufgestellt, in welche alle Familienbetriebe einzutragen kommen, die gewillt sind, die vertretlich zugesetzte Gemeinde zu schützen. Wer sich hierzu nicht bewegen will, muss gewarnt sein, dass von den ersten höheren Gehaltsen gefordert werden. Um eine eventuelle Einigung mit der Stadtkommune Wiesbaden bezüglich Betriebsabteilung zur besseren Gemeindeeinigung für die Jahre 1908 bis 1911 zu erwirken, wird beschlossen, nachdem Verhandlungen einzugehen. — Den diesjährigen Bierstadt-Festspiele veranstaltet der Bierstädter Turnverein am Sonntag, den 22. d. M. — Die freiwillige Feuerwehr beobachtet eine Abendveranstaltung ausdrücklich: unsere beiden Gesangvereine haben hierzu ihre Unterstützung angeboten. — Der Gemeinderat leistet zur Verstärkung der Spender eine Prämie von 8 Pf. für das Stück aus.

